



Magazin

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung – Landesverband Baden-Württemberg

Juli/August 2024

E 4508

7/8

Themen

- **Andreas Sturm: Schulreform – Evolution statt Revolution**
- **Forsa-Umfrage: Fortbildungsangebote im Fokus**
- **50 Jahre VBE: WeitBlickWinkel**
- **Beyer hilft weiter**
- **Lederle spricht Klartext: Ich bin mir sicher, Sie kennen den Unterschied**
- **Beihilfeantragsteller als Kreditgeber fürs Land**
- **VBE fordert den Erhalt aller Werkrealschulen**
- **Erste Hilfe: Insektenstich**
- **Der VBE informiert: Inflationsausgleich und Elternzeit**
- **Aus den Referaten**
 - asB
 - Junger VBE
 - Frauen
 - Kindertageseinrichtungen
 - SBBZ und Inklusion
 - Senioren

Erholsame Sommerferien wünscht Ihnen Ihr VBE Baden-Württemberg



Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Vorsitzender:

Gerhard Brand
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon geschäftlich: 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: gerhard.brand@vbe-bw.de

Geschäftsführung:

Ines Walter
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Redaktion/Layout/Herstellung:

SPMedien, Susanne Preget
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
E-Mail: vbe.magazin@vbe-bw.de

Anzeigenwerbung:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0
Telefax 0 23 85 / 4 62 90-0
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Mitgliederservice:

Telefon 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: vbe@vbe-bw.de

Rechnungsstelle:

Alexandra Vock
Kaiserstührling 58, 68239 Mannheim
E-Mail: alexandra.vock@vbe-bw.de

Druck:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Redaktionsschluss:

Magazin 9-2024: 16. August 2024
Magazin 10-2024: 6. September 2024
Das VBE-Magazin erscheint 10-mal jährlich (dabei zwei Doppelnummern). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen über die Landesgeschäftsstelle, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart. Einzelheft 2,00 €, zuzüglich Versandgebühr, Jahresabonnement: 20,00 €. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Gezeichnete Beiträge sind nicht unbedingt mit der Meinung des Verbandes identisch. Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion, die gerne erteilt wird, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers, bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher bleibt vorbehalten.

Fotos: Titel: Superhasi; Seite 5: U. J. Alexander; Nico ElNino; Seite 6: Robert Kneschke; Seite 10: Pathdoc; Seite 12: Wolfilser; Seite 14: Brian Jackson; Seite 17: h_lunke; Seite 19: Oleg Kovalevich; Seite 21: Vitalii; Seite 22: ratana21; Robert Kneschke; Jenko Ataman; Seite 23: doidam10; Seite 24: LogoStockimages; Seite 28: Frank Täubel; Seite 31: MaFiFo; Seite 43: Tani-asv; Seite 44: Karin Jähne – alle AdobeStock
ISSN 0942-4628

Editorial

Ab in den Sommer

Ein herausforderndes Schuljahr verabschiedet sich in den Sommer. In einer noch jungen aber krisengeschüttelten Dekade mit Pandemie, Krieg und dem massiven Zustrom geflüchteter Kinder und Jugendlicher in unser Bildungssystem sind wir kaum mehr etwas anderes gewohnt. Um die aktuellen Herausforderungen an den Kitas und Schulen besser in den Blick zu bekommen, hat der VBE in diesem Schuljahr umfangreiche Studien und Befragungen durchgeführt. Auf unsere Untersuchung der Unterrichtsabdeckung gleich zu Beginn des Schuljahres folgten groß angelegte Studien zu Berufszufriedenheit, Digitalisierung und Lehrkräftegesundheit. Zum Ende des Schuljahres haben wir den Fokus dann in mehreren Umfragen auf die jeweilige Arbeitssituation an Kitas, Grundschulen, in der Sekundarstufe I und in der Sonderpädagogik gerichtet. Die Ergebnisse zeigen uns sehr klar, dass ausgerechnet am SBBZ und in der Inklusion die Lage besonders prekär ist. Aber auch an den Kitas und Grundschulen hat sich die Arbeitssituation ungeachtet aller Maßnahmen des Landes bisher kaum bis gar nicht verbessert. Im Bereich der Sekundarstufe I stellt sich zumindest die Versorgungslage etwas besser dar, allerdings sind wir auch hier weit von einer Versorgung mit 110 Prozent entfernt.

Wir sind mit den Ergebnissen in die politischen Gespräche gegangen, um sie dem Land zu spiegeln und Verbesserungen für die Beschäftigten einzufordern. Wir hoffen, dass wir nun in eine Phase der Konsolidierung kommen. Eine Phase, in der wir endlich wieder ausreichend Zeit für unseren Bildungsauftrag finden. Ob das neue Schuljahr aber wirklich die ersehnte Ruhe bringen wird, bleibt fraglich. Das Land hat nachdrückliche Neuerungen in fast allen Bildungsbereichen angekündigt. Diese betreffen zunächst die Kitas, die Schnittstelle Kita-Grundschule und schließlich die Grundschulen selbst. Das Ministerium legt



Gerhard Brand

hier den Fokus auf eine umfassende, gegebenenfalls verbindliche Sprachförderung und darauf, dass Kinder die nötige Schulreife aufweisen. Wir mahnen an dieser Stelle an, die Kinder nicht nur anhand ihrer Sprachfähigkeit und Schulreife zu betrachten, sondern sie ganzheitlich zu sehen und zu fördern. Auch dafür müssen Ressourcen bereitstehen.

In der Sekundarstufe sind seitens des Ministeriums sowohl Kooperationen unter Realschulen als auch verschiedene Verbundoptionen zwischen Werkrealschulen, Realschulen, Gemeinschaftsschulen, beruflichen Gymnasien und allgemeinbildenden Gymnasien vorgesehen. Alle Schulen der Sekundarstufe I sollen gestärkt und passgenaue Lösungen vor Ort auf freiwilliger Basis ermöglicht werden. Große Pläne, die wir achtsam und konstruktiv begleiten werden. Bei allen Neuerungen im Bildungsbereich bleibt ein blinder Fleck jedoch bestehen: Die von uns eindringlich geforderten Ressourcen für die Sonderpädagogik sind in den Plänen der Landesregierung bisher nicht abgebildet. Hier muss das Land dringend nachbessern.

Bevor allerdings all diese Neuerungen und Maßnahmen auf uns zukommen, wünschen wir Ihnen erst mal einen erholsamen Sommer! Wir hoffen, Sie finden in der unterrichtsfreien Zeit etwas Ruhe, können abschalten und kommen gestärkt wieder.

Es grüßt Sie herzlichst

Ihr 

Landesvorsitzender

Schulreform: Evolution statt Revolution

Die Koalition aus Grünen und CDU hat eine grundsätzliche Verständigung über wichtige Weichenstellungen für die Bildungspolitik in BW erzielt. Das Bildungspaket bietet große Chancen für die Schülerinnen und Schüler im Land. Die Investitionen in das Sprachförderpaket in der frühkindlichen Bildung sind ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit, damit die Sprachkenntnisse zum Schulstart deutlich besser werden.

Die grundsätzliche Frage bei einer Bildungsreform hinsichtlich der Sekundarschulen lautet: Evolution oder Revolution? Zuletzt blies eine Arbeitsgruppe, unterstützt durch die Robert-Bosch-Stiftung, mit der Forderung nach einer „Neue[n] Sekundarschule in Baden-Württemberg“ zur Revolution: Zusammenführung von Haupt- und Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule und SBBZ zu einer neuen inklusiven Schulart. Eine Lehre aus der grün-roten Regierungszeit in BW ist: Schulen benötigen Ruhe und einen verlässlichen Rahmen, damit diese sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können: guter, lern wirksamer Unterricht. Deshalb sind Veränderungen in der Schulstruktur sehr sensibel.

Als CDU legen wir Wert darauf, dass Schulleitungen, Lehrerkollegien und Schulträger bei Veränderungen mitgenommen werden. Veränderungen sollten zudem anreizbasiert erfolgen. Die CDU hat sich in Anlehnung an das Realschulkonzept des VBE dafür eingesetzt, die Orientierungsstufe auf die Klassenstufe 5 zu verkürzen. Zudem sollen kooperative Verbünde zwischen Realschulen ermöglichen, dass nicht an allen Standorten das G-Niveau angeboten werden muss. Wo möglich und vor Ort gewünscht, sollen (nicht müssen) Hauptschulen und Realschulen Schulverbünde eingehen und zwei separate Bildungswege unter einem organisatorischen Dach anbieten. Davon können beide Partner profitieren.

Das gegliederte Schulsystem lebt von der funktionierenden Steuerung der Übergänge. Die weiterentwickelte Grund-

schulempfehlung (Modell „2 aus 3“) und die Verankerung eines Potenzialtests für das Gymnasium sind insofern richtungweisend und ein erster Meilenstein. Mich wundert die Fixierung verschiedener Bildungswissenschaftler auf Veränderungen in der Schulstruktur. Natürlich kann man sich monatelang Gedanken machen, welche Schulstruktur wissenschaftlich betrachtet ideal sein mag. Wenn ich die Ankündigungen anlässlich der Einführung der Gemeinschaftsschule Revue passieren lasse, konstatiere ich, dass die damaligen Erwartungen zahlreicher Wissenschaftler so nicht eingetreten sind. Es ist wichtig, über den Tellerrand zu schauen. Bei der Reise des Bildungsausschusses 2023 in Kanada wurde schnell klar, dass Schulsysteme aus anderen Ländern nicht 1:1 übertragbar sind. Ich denke auch an einen Beitrag des Deutschlandfunks: „Bildung in Singapur – Warum der Stadtstaat bei PISA-Studien ganz oben steht.“ (8. April 2024) Es bestehe eine hohe Bildungsaffinität der Gesellschaft und eine hohe Leistungsbereitschaft der Schüler. Gelegentlich klatschen Schüler spontan für einen Klassenkameraden, der es schafft, ein komplexes mathematisches Problem zu lösen. Lernerfolge werden von den Schülern gefeiert, während hierzulande einige von der Abschaffung von Schulnoten träumen.

In diesem Zusammenhang höre ich öfter Stichwörter wie Deeper Learning, Flexible Grouping und Lernbänder. Hierfür sind keine neuen Schularten notwendig. Das fällt in die Bereiche Pädagogik, Methodik und Didaktik fortlaufender Unterrichtsentwicklung. Wir brauchen Evolution statt Revolution. Wissenschaftliche Überlegungen sind wichtig; auch das Denken von Nicht-Erfüllbarem kann den Blick auf das Erfüllbare schärfen. In jedem Fall sollte Wissenschaft ihre Konzepte von der breiten Praxis bewerten lassen und nicht nur von Personen, die bestimmte Projekte selbst vorantreiben.

An dieser Stelle möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern danken, die mit ihrem Engagement tagtäglich zum Wohle unserer Kinder



Andreas Sturm, bildungspolitischer Sprecher der CDU im Landtag von Baden-Württemberg

arbeiten. Es ist nämlich das Wohlergehen und die Zukunft der Kinder, die immer im Vordergrund bei schulischen Entscheidungen stehen muss.

Mein Credo lautet: Eine Änderung der Schulstruktur führt nicht zwingend zu besserem, lernwirksamem Unterricht. Das Ziel sollte sein, Unterricht in den bestehenden Strukturen zu verbessern. Unterricht muss sich fortlaufend an neue Entwicklungen anpassen und diese aufnehmen: von aktualisierten Bildungsplänen, in pädagogischen Konzepten, in einer neuen Methodik und in Entwicklungen in der Fachdidaktik sowie Anstrengungen im Bereich der Lehrkräfteaus- und Fortbildung. Wir müssen mehr auf die datenbasierte Schulentwicklung setzen. Innerhalb jeder Schulart gibt es – gemessen an Lernstanderhebungen und Schulabschlüssen – gut und weniger gut arbeitende Schulen. Daher sollte die Entwicklung und Bereitstellung von Good-practice gefördert werden, mit dem Ziel, gemeinsam besser zu werden. Das ist fortlaufende Schul- und Unterrichtsentwicklung. Zugegeben, ein Unterfangen, das Arbeit im Detail verlangt: Das ist Knochenarbeit. Nicht immer sexy für wissenschaftliche Studien, aber vielversprechend. Überlegungen in der Metaebene mögen da einfacher sein. Es ist effizienter, die datengestützte Schulentwicklung voranzutreiben. Ehrliche Analyse, ehrliche Konsequenzen und keine Phantomdebatten.

Auf der 3. Seite überlassen wir regelmäßig Personen des öffentlichen Lebens, Politikern und Politikerinnen oder Bildungsforschenden das Wort. Die Argumente und Positionen dieser Personen müssen inhaltlich nicht mit den Positionen des VBE übereinstimmen.

Nationaler Bildungsbericht weist auf unterfinanzierte Bildung hin

Der gestern veröffentlichte Nationale Bildungsbericht 2024 zeigt Haupttrends des Bildungssystems auf. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, kommentiert.

Dem Bericht zufolge sind die Ausgaben für Bildung zuletzt zwar gestiegen, hinken jedoch den erforderlichen Bedarfen weit hinterher. Brand: „Bildung kostet. Es ist jedoch hinlänglich bekannt, dass es noch viel mehr kostet, wenn es nicht gelingt, junge Menschen auf Ausbildung oder Studium vorzubereiten und sie mit dem notwendigen Rüstzeug und einer realistischen Vorstellung eines Berufs aus der Schule zu entlassen. Jede Investition in Schule ist eine Investition in ein funktionierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Wir wissen, dass sich die Vorstellung, was Schule zu leisten hat, geändert hat. Dann müssen

die Schulen dafür aber auch entsprechend ausgestattet sein und personelle Unterstützung sowie Entlastung erfahren.“

Nationaler Bildungsbericht: Fachkräftemangel bleibt ein anhaltend großes Problem. Brand: „Wo in personeller Unterstützung gearbeitet werden muss, kann nicht das Lernklima entstehen, das es für besten Bildungserfolg braucht. Wir wissen, dass die Lehrkräfte in Deutschland ihren Beruf lieben und sich deshalb über ein gesundes Maß hinaus engagieren. Sie können aber auf Dauer weder fehlende Stellen ausgleichen noch die immer weiter steigenden Anforderungen erfüllen. Politik muss deshalb als einen Kernfaktor für schulischen Erfolg nicht nur die Kompetenzen und Abschlüsse der Schülerinnen und Schüler im Blick haben, sondern auch die Gesundheit

aller an Schule Beteiligten.“

Nationaler Bildungsbericht: Um- und Ausbau des Bildungssystems erfolgt eher reaktiv als proaktiv. Brand: „Schule ist an vielen Stellen geprägt von Provisorien. Doch es ist längst Zeit, der Realität ins Auge zu blicken. Wir werden weiterhin Menschen aus anderen Ländern in Deutschland aufnehmen. Wir müssen daran festhalten, dass Kindern im schulpflichtigen Alter ein Bildungsversprechen eingelöst werden kann. So zu tun, als wären bestimmte Situationen in wenigen Monaten anders und führten deshalb nur kurzfristig zu mehr Kindern in der Klasse, ist realitätsvergessen. Wir brauchen langfristige Strategien, wie wir mit gesellschaftlichen Veränderungen an Schule umgehen wollen.“

VBE Pressedienst vom 18. Juni 2024

Nach KMK-Tagung: VBE kritisiert Verzögerungen beim Digitalpakt

Die Kultusministerkonferenz (KMK) tagte bereits seit Donnerstag im Saarland. Nach der heutigen Bekanntgabe der Beschlüsse, äußert sich der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand zu den einzelnen Themen. „Die Gesellschaft erwartet, dass wir an den Schulen über Tik-Tok-Trends und Künstliche Intelligenz sprechen. An jeder zehnten Schule gibt es aber keine Klassensätze an digitalen Endgeräten. Noch immer haben nicht alle Schulen von den Geldern des Digitalpakts profitiert. Während 75 Prozent der Schulleitungen, die Geld aus dem Digitalpakt erhalten haben, in unserer repräsentativen forsa-Umfrage angaben, mehr Geld zu benötigen. Und nun klafft die Finanzierungslücke, seitdem der Digitalpakt ausgelaufen ist. Wenn also die KMK den ‚schnellstmöglichen Abschluss der Verhandlungen zum Digitalpakt 2.0‘ fordert, ist dies nur ein Eingeständnis der monatelangen Verzögerungen. Und es ist den Schulleitungen und Lehrkräften herzlich

egal, ob diese auf Bundes- oder Landesseite entstanden sind. Was zählt: An den Schulen fehlt es weiter an Ausstattung, Ressourcen und Qualifizierung. Das vergrämt Lehrende und Lernende gleichermaßen“, stellt der VBE-Chef fest.

Programm „StarS“ (Stark in die Schule starten): Kooperation erleichtern. Brand: „Wir sehen, dass die Kinder schon mit ganz unterschiedlichen Ausgangslagen in die Schule starten. Eine systematische Erfassung und Unterstützung bei der Förderung können daher hilfreich sein. Allerdings darf kein Mehraufwand für die Lehrkräfte entstehen und es muss ein klarer Nutzen beim Einsatz dieses Instruments erkennbar sein.“ Brand sieht aber auch noch einen weiteren Weg für eine bessere Ausgangslage beim Start in die Schule: „Neben der Identifizierung des Standes der Kinder sollte das Vorwissen aus dem Elementarbereich besser genutzt werden. Dafür braucht es eine

intensive Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen mit Diagnostiktools und Unterstützungsmitteln.“

Neuaufstellung der KMK: Partizipation stärken. Der Bundesvorsitzende des VBE betont: „Zunächst gilt mein Respekt der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Christine Streichert-Clivot, die Wort gehalten hat, Transformation zu gestalten und diesen Beschluss innerhalb der KMK herbeigeführt hat. Effiziente Strukturen sind wichtig, um den Blick für das Wesentliche nicht zu verlieren. Trotzdem muss gesichert werden, dass Schnittstellen gemeinsam bearbeitet werden. Relevant sind darüber hinaus die weiteren Kooperationen, allen voran die Zusammenarbeit der Kultusministerkonferenz mit der Jugend- und Familienministerkonferenz, aber auch institutionalisierten Formen der Beteiligung von demokratisch legitimierten Verbänden und Gewerkschaften.“

VBE Pressedienst vom 14. Juni 2024

Grundgesetz feiert seinen 75. Geburtstag!

Zum 75-jährigen Bestehen des Grundgesetzes würdigt der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, „die Errungenschaft eines wertebasierten Gesetzeswerkes, das unser Zusammenleben schützt“.

„Das Wissen um das Grundgesetz, die Demokratie und die Regeln unseres gesellschaftlichen Miteinanders müssen einen Platz in Schule behalten. Die Fokussierung auf die sogenannten Kernfächer Deutsch, Mathematik und Sachkunde in der Grundschule kann ihren Teil dazu beitragen, die Bildungserfolge der Kinder besser abzusi-

chern. Trotzdem braucht es für eine ganzheitliche Bildung von Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, auch Zeit für kreative und sportliche Betätigung – und die Möglichkeit, demokratische Prozesse mitzugestalten. Das kann die Mitwirkung in Schulgremien sein, die Arbeit in Schülerfirmen oder das Wirksamkeitserleben an Projekttagen“, betont der VBE-Vorsitzende. Zudem sieht der VBE-Chef große Herausforderungen durch den Lehrkräftemangel. „Nicht nur, dass Fächer mit politisch orien-

tierten Schwerpunktsetzungen zu denen gehören, die so oft fachfremd unterrichtet werden wie kaum andere Fächer. Auch sehen wir, dass wenn andere Fächer drohen auszufallen, am ehesten die Politiklehrkraft dazu beordert wird, lieber ein Kernfach wie Deutsch zu unterrichten. Die Politik muss daher ihre Bemühungen noch deutlich verstärken, ausreichend Lehrkräfte mit den an den Schulen gesuchten Kompetenzen anzuwerben.“

VBE Pressedienst vom 23. Mai 2024

Qualität frühkindlicher Bildung jetzt zukunftsfest sichern

Die Länder im Bundesrat haben heute die Bundesregierung zu einer nachhaltigen Finanzierungsbeteiligung von Maßnahmen zu einer Verbesserung der Kita-Qualität aufgefordert. Zuvor hatten bereits die Familienministerin Paus und die Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz Aulepp einen „Letter of Intent“ veröffentlicht, in dem beide angeben, eine Weiterführung des KiTa-Qualitätsgesetzes anzustreben.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, kommentiert: „Alle wollen, keiner kann? Schon Ende März gab es eine Absichtserklärung der zuständigen Ministerinnen, nun eine Aufforderung der Länder an den Bund. Die Verfügbarkeit und Qualität frühkindlicher Bildung ist ein zentraler Faktor für den Bildungserfolg eines Kindes. Wenn sich alle einig sind, dass dies zu sichern und auszubauen ist, muss man sich schon sehr wundern, weshalb die verantwortlichen Akteure das nicht einfach anpacken. Des Pudels Kern ist die Finanzierung und

es wäre angemessen, dies auch so in der Öffentlichkeit darzustellen.“

Durch das Gute-Kita-Gesetz wurden von 2019 bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro vom Bund investiert. Das KiTa-Qualitätsgesetz hatte ein Volumen von 4 Milliarden Euro, mit denen in 2023 und 2024 die Weiterentwicklung von Einrichtungen frühkindlicher Bildung gefördert wurde.

Der VBE Bundesvorsitzende Brand fordert: „Wir sehen hohe Bedarfe, die Qualität entsprechend den Bedürfnissen vor Ort zu sichern und zu steigern. Dafür braucht es ein Finanzvolumen in ähnlicher Höhe der bisherigen Unterstützung. Auch wenn die Legislatur nächstes Jahr endet, braucht es den Mut, eine langfristige und nachhaltige Finanzierung festzulegen. Die finanzielle Verantwortung können die Kommunen aber nicht allein tragen, es bedarf der Investition des Bundes. Dies aus zwei einfachen Gründen: Zum einen kann der Bund so die Erreichung der in der Rahmengesetzgebung festgelegten Ziele besser

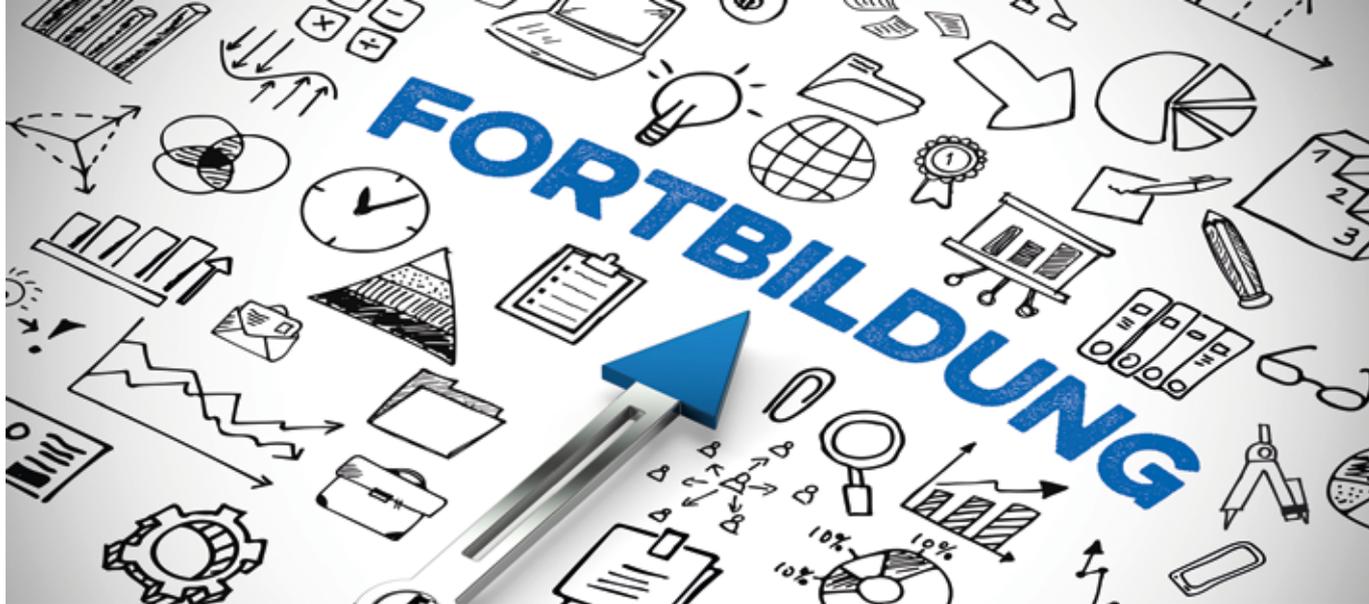
nachhalten. Und zum anderen kommt er damit seiner grundgesetzlich verankerten Verantwortung nach, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sorgen.“

www.vbe-bw.de



Weitere aktuelle
Pressemeldungen finden
Sie auf unserer Homepage





Fortbildungsangebote im Fokus: Ergebnisse der forsa-Umfrage

Prof. Dr. Riecke-Baulecke lobt VBE für Transparenz und Engagement

In einer Zeit, in der die Fortbildung von Lehrkräften immer wichtiger wird, hat sich der Leiter des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL), Prof. Dr. Riecke-Baulecke, positiv über das Vorgehen und die Transparenz des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg geäußert. „Der VBE zeigt mit seiner offenen Kommunikation und seinem Engagement, wie wichtig eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Fortbildung für Lehrkräfte ist,“ so Riecke-Baulecke.

Teilnahme an Fortbildungen in Baden-Württemberg

Im Auftrag des VBE Baden-Württemberg hat das Sozialforschungsinstitut forsa eine repräsentative Umfrage durchgeführt, bei der 247 Lehrerinnen und Lehrer zu ihren Erfahrungen mit Fortbildungsangeboten befragt wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass rund zwei Drittel der Lehrkräfte in den letzten zwei Jahren an Präsenzfortbildungen teilgenommen haben. Besonders bemerkenswert ist, dass mehr als die Hälfte (52 Prozent) mehrfach an diesen Veranstaltungen teilgenommen hat. Auch Online-Fortbildungen erfreuen sich großer Beliebtheit: 54 Prozent der Befragten haben diese Form der Weiterbildung genutzt, davon 44 Prozent mehrmals.

Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand betont: „Die hohe Beteiligung an

Fortbildungen ist erfreulich. Die Realität zeigt aber auch: Wenn das Personal an den Schulen knapp ist und jede Kraft gebraucht wird, überlegen sich die Lehrkräfte mehrmals, ob sie eine Fortbildung besuchen können. Was Lehrerinnen und Lehrer dringend brauchen, sind Freiräume, um ohne schlechtes Gewissen eine Fortbildung wahrnehmen zu können.“

Thematische Schwerpunkte und Bedürfnisse

Aktuell stehen Fortbildungen zu digitalen Medien und digitaler Kommunikation besonders hoch im Kurs (40 Prozent). Fast ebenso viele Lehrkräfte haben Fortbildungen zu Fachinhalten oder Fachdidaktik besucht. Rund ein Fünftel der Befragten interessierte sich für Themen wie das Verhalten von Schülerinnen und Schülern sowie Klassenführung. Dieser Bedarf spiegelt sich auch in den Wünschen der Lehrkräfte wider: 41 Prozent der Befragten wünschen sich weitere Fortbildungen im Bereich digitale Medien.

Gerhard Brand merkt an: „Wir haben bereits in unserer Schulleiterumfrage im Bereich Digitalisierung gesehen, dass die Teilnahme an Fortbildungen zum Einsatz digitaler Endgeräte angestiegen ist. Die jetzigen Zahlen belegen eindeutig diesen Trend.“

Etwa jede dritte Lehrkraft (32 Prozent) sieht einen Bedarf an Fortbildungen zum Verhalten von Schülerinnen und Schülern sowie zur Klassenführung. „Die Lehrkräfte

an den Grundschulen und den Schulen der Sekundarstufe I sagen uns, dass sie die Heterogenität der Schülerschaft und Disziplinschwierigkeiten am meisten belasten. Lehrkräfte können aber nicht alle gesellschaftlichen Probleme auffangen. Viele Probleme werden auch vom Elternhaus auf die Schulen übertragen. Dass hier Handlungsbedarf besteht, um die Lehrkräfte wirkungsvoll zu unterstützen, wird durch die jetzige Umfrage untermauert“, betont Brand.

Bewertung der Fortbildungsangebote

Die Bewertung der Fortbildungsangebote in Baden-Württemberg ergibt ein gemischtes Bild. Im Durchschnitt wurden die Angebote mit der Note 2,8 bewertet, was einem Platz im Mittelfeld entspricht. „Nicht richtig gut, aber auch nicht wirklich schlecht kann nicht der Anspruch sein. Wer gute Lehrkräfte möchte, die nach aktuellen Standards unterrichten, muss dafür sorgen, dass sie auf höchstem Niveau fortgebildet werden“, urteilt Brand.

Ein Blick auf das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL)

Ein besonderer Fokus der Umfrage lag auf dem 2019 eingerichteten Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL). Etwa drei Viertel der befragten Lehrkräfte haben die Internetseite des ZSL bereits besucht, doch nur die Hälfte sagt, dass die Angebote einfach zu finden seien. Den-



Der VBE Landesvorsitzende Gerhard Brand und Petra Schoch (Mitglied der Verbandsleitung) stellen die Fortbildungs-Umfrage vor.

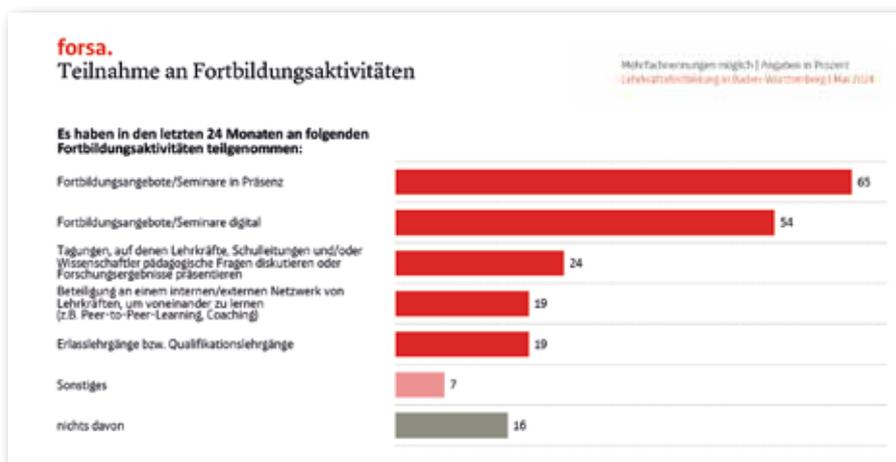
noch ist eine überwiegende Mehrheit der Lehrkräfte (85 Prozent) zufrieden oder sehr zufrieden mit den besuchten Fortbildungen am ZSL, insbesondere aufgrund der Kompetenz der Referenten und des Praxisbezugs. Trotz der positiven Rückmeldungen zur Qualität der Fortbildungen sind nur 24 Prozent der Lehrkräfte der Meinung, dass sich die Qualität der Fortbildungen durch die Gründung des ZSL verbessert hat. Eine größere Gruppe (40 Prozent) sieht keinen Unterschied.

Petra Schoch, Mitglied der Verbandsleitung des VBE, hebt hervor: „Es ist besonders wichtig, die individuellen Bedürfnisse der Lehrkräfte bei den Fortbildungsangeboten besser zu berücksichtigen. Die Fortbildungen müssen relevanter und praxisnäher gestaltet werden, damit sie einen direkten Nutzen im Unterrichtsalltag haben.“

Der VBE fordert daher:

- Den Ausbau des Themenangebots, insbesondere im Bereich digitale Medien und Kommunikation sowie Klassenführung.
- Mehr zeitliche Freiräume im Lehralltag für die Teilnahme an Fortbildungen.
- Bessere Erreichbarkeit von Fortbildungen für Lehrkräfte in ländlichen Regionen.
- Flächendeckende multiprofessionelle Unterstützungssysteme.

Mit diesen Maßnahmen möchte der VBE sicherstellen, dass die Lehrkräfte in Baden-Württemberg bestmöglich unterstützt und fortgebildet werden, um den Herausforderungen des modernen Schulalltags gerecht zu werden.



WeitBlickWinkel

Folge 1 – Uwe Franke

Wie alles begann? Gemeinsamer Neustart auf Bundesebene!



Uwe Franke wurde am 31. Juli 1943 in Höxter an der Oberweser geboren. Nach seinem Abitur am staatlichen Aufbaugymnasium in Petershagen an der Weser und seiner Zeit bei der Bundeswehr, absolvierte er sein Studium an der Pädagogischen Ruhrhochschule mit Schwerpunkten in Allgemeiner Pädagogik, Deutsch, Evangelischer Religionslehre und Geschichte. Im Jahr 1969 begann er seinen Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen in Hamm, Westfalen. Ab 1970 arbeitete er als Hauptschullehrer in Hamm, zuletzt als Konrektor. Von 1980 bis 1996 war Uwe Franke hauptamtlicher Landesvorsitzender des VBE Nordrhein-Westfalen. Am 1. Februar 1997 trat er als Konrektor der Katholischen Overberg-Hauptschule in Rheine wieder in den Schuldienst ein. Während seiner Verbandslaufbahn übernahm er verschiedene Aufgaben, darunter die Organisation von Wahlkämpfen bei Personalratswahlen an Grund-, Haupt- und Sonderschulen, die redaktionelle Betreuung von Veröffentlichungen des Verbandes sowie den Aufbau des VBE-Medienservice. Uwe Franke war von 1981 bis 1996 Mitglied des Bundesvorstands des VBE in seiner Funktion als Landesvorsitzender. Von 1989 bis 1997 war er stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE und verantwortlich für die Messebeteiligung des Verbandes bei Bildungsmessen wie Interschool und didacta.

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des VBE-Bundesverbandes wollen wir die Chance nutzen und mit der dafür ins Leben gerufenen Interviewreihe „WeitBlickWinkel“ einen Blick auf die vielseitige Geschichte des VBE werfen. Zu diesem Zweck war Johannes Glander, Pressereferent des Bundesverbandes, zu Gast bei Uwe Franke, um den Start einer sehr heterogenen Bildungsgewerkschaft zu beleuchten. Lesen Sie hier einen Auszug aus dem Gespräch.

Wie kam es zum Zusammenschluss des „alten“ VBE mit dem BLLV und dem DLB?

Der aus den katholischen und evangelischen Lehrerorganisationen hervorgegangene VBE konsolidierte sich sehr unterschiedlich in den Landesverbänden. Sehr gut in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, weniger gut, aufgrund seiner Ausgangslage, in den norddeutschen Gebieten und in Hessen. Dort gab es Verbindungen mit übrigen Lehrerorganisationen im deutschen Beamtenbund, wie dem Realschullehrerverband, dem Philologenverband, aber auch mit einem weiteren, kleinen Verband, dem Deutschen Lehrerbund (DLB). Auf der anderen Seite war der schon damals mächtige bayrische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), der in Bayern isoliert war und eine Basis auf Bundesebene suchte, um sich stärker Gehör zu verschaffen, auch innerhalb Bayerns. Die GEW blieb hier außen vor, da man in den Fünfzigerjahren die Erfahrungen gemacht hatte, dass dies auf Dauer nicht durchzuhalten war, weil die GEW sich stark in die Industriegewerkschaften des DGB (Anm. d. Red.: Deutscher Gewerkschaftsbund) einband und der BLLV eine unabhängige Berufsorganisation bleiben wollte.

Wie konnten die sehr unterschiedlichen Strömungen im VBE zu einem gemeinsamen Verband vereint werden?

Das frage ich mich auch. Weil es auch innerhalb des VBE Nordrhein-Westfalen zwei Flügel gab, einen progressiven und sozialdemokratisch orientierten Flügel, aber auch einen stark traditionell geprägten und der Christdemokratie zugewandten

Flügel. Aber Not macht eigentlich erfindereich in der Weise, dass der Druck innerhalb des Bundesvorstandes durch die einzelnen Landesverbände so stark wuchs, dass man sich miteinander beschäftigen musste. Es war zum Schluss 1973 eine Überlebensfrage von den Partnern, die bereit waren mit dem BLLV ein Bündnis einzugehen.

Welche Gefühle verbinden Sie mit der Gründungsveranstaltung im Herbst 1974?

Es gab gemischte Gefühle. Für uns Jüngere, nachdem wir wussten, es wird den Zusammenschluss geben, gab es auch Aufbruchgefühle. Was mir in Erinnerung geblieben ist, sind eigentlich zwei Dinge. Einmal, dass die führenden Vertreter Wert darauf legten, dass in der Satzung und in den berufspolitischen Kernaussagen der Wertegedanke des Verbandes verankert wurde, den die Bayern mit ihrer Idee einer humanistischen Bildung und dem Bekenntnis zu den Menschenrechten einbrachten und die die traditionellen VBE-Vertreter einbrachten, durch ihr Bekenntnis zur katholischen Soziallehre und zur evangelischen Sozialethik. Dies wird im letzten Satz des ersten Paragraphen der Satzung sichtbar: „Dies schließt Offenheit für christliche Überzeugung ein.“

Das war ein Satz, wo die Bayern aufgrund ihrer Auseinandersetzungen mit der CSU, die in Teilen tief im katholischen Klerus verwurzelt waren, schon springen mussten. Zweitens waren wir überrascht von der Vehemenz eines der Präsidiumsmitglieder, Frau Grete Ullischberger-Wilgeroth, die dafür stritt, dass in dem neuen Bundesvorstand mindestens die Beisitzerin-Position sichtbar durch Kolleginnen besetzt



Das vollständige Interview finden Sie unter
<https://www.vbe.de/der-vbe/bundesverband/50-jahre-vbe>

werden sollten. Dies sollte auch satzungsmäßig verankert werden, was aber erst viele Jahre später geschah.

Welche Persönlichkeiten prägten den VBE in der Zeit seiner Gründung auf Bundesebene?

Im Vordergrund haben natürlich einmal der junge neue Bundesvorsitzende aus dem Deutschen Lehrerbund der Berliner Egbert Janke und natürlich der Präsident des BLLV, der gerade als gewesener Präsident der WCOTP (Anm. d. Redaktion: heute Bildungsbund (BI)) noch eine große Ausstrahlung auf uns hatte. Insbesondere auch durch das Buch, was er gerade in englischer Sprache veröffentlicht hatte: *The Power of Teachers*. Diese Idee hat er auch während seiner Zeit als Weltlehrerpräsident vor der nationalen Pressekonferenz im Weißen Haus vertreten. Die Idee, die die Bayern vor allen Dingen wieder mit einbrachten – Wir sind verantwortlich für das öffentliche Schulwesen, für eine demokratische Erziehungsschule für alle –, die hat insbesondere mich überzeugt.

Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der GEW infolge der VBE-Gründung?

Die Zusammenarbeit ergab sich immer aus der Personalvertretung, wo es im beruflichen Alltag Schnittmengen gab. Es gab sie dann nicht mehr auf der Ebene, wo es um Personalpolitik und Stellenbesetzungen ging. Aber auf der Megaebene waren dem GEW-Vorsitzenden Erich Frister ein Großteil seiner Landesverbände, vor allem in Berlin, Hamburg, Bremen aber auch in Nordrhein-Westfalen, entglitten, weil die GEW ihren gesellschaftlichen Auftrag ausgeweitet hatte und sich eines gesellschaftspoliti-

schen Anspruchs annahm. Das ging so weit, dass im West-Ost-Konflikt – wir sind ja immer noch im Kalten Krieg – ihr Profil, insbesondere durch das Engagement für Nicaragua, vielen einfachen Mitgliedern langsam nicht mehr geheuer war. Und dies vor dem Hintergrund dessen, dass wir ab 1974/75 dann ja auch die ersten großen RAF-Anschläge hatten, mit einem sehr diffusen Bekennerhintergrund.

Welche Auswirkungen hatte die Gründung des VBE auf die Verteilung der Mandate?

Wider Erwarten hatte die Auswirkung auf Bundesebene zunächst nicht das Echo, aber in den Landesverbänden. Weil es eine Konzentration der Kräfte gegeben hat. Zum einen aus dem organisatorischen Austausch heraus und vor allen Dingen auch wegen der Erfahrungen, die die großen Landesverbände mit den anderen teilen konnten. Ich selbst war an dieser Aufgabe beteiligt, da ich ab 1976 das Vertrauen des Bundesverbandes bekam, die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Werbung und die Personalratswahlen zu organisieren. Zusammen mit meinem Kollegen Joseph Ambrosius in Rheinland-Pfalz konnten wir die Personalratswahlen für Grund- und Hauptschule und für Sonderschulbeschäftigte für den VBE entscheiden.

Heute überschattet der Lehrkräftemangel die schulpolitischen Auseinandersetzungen.

Was beschäftigte die Lehrkräfte damals?

Zunächst trieben sie die verschiedenen schulstrukturellen Entwicklungen in den Bundesländern um. Diese liefen auch aus-

einander, weil die CDU/CSU-geführten Bundesländer innenpolitisch als Reflex auf die Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung einen Kontrapunkt setzen wollten. Man sprach von den A-Ländern und den B-Ländern. Die B-Länder unter den Scharfmachern Helmut Kohl und vor allen Dingen Franz-Josef Strauß, nahmen sich die Bildungspolitik als das Feld an, wo sie eine totale Blockade setzten.

Später, in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre, kippten die Themen um, weil sich nach den Babyboomern abzeichnete, dass man zu viel Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet hatte. Ein Lösungsansatz kam aus der Finanzministerkonferenz. Diese wollte jetzt, dass die Grundschullehrkräfte herabgestuft werden, insbesondere Frauen. Man hört hier heraus, was bis heute die Absicht dieser Männerriege war: Frauen in der Bildungspolitik, wie später auch in den sozialen Berufen, sollten der zweite, etwas billigere Markt sein. Dies war für den VBE der Prüfstein des Überlebens. Wenn er hier auseinanderbrach, indem man sagte, die Hauptschullehrer kriegen demnächst A12 und dann später im Aufstieg A13, die Grundschullehrer bleiben bei A11, wäre das ein Bruch, nicht nur mit der Tradition, sondern auch mit den satzungsgemäßen Aufgaben. Hier ist es Verdienst von Egbert Janke und anderen, dass sie in einem Grundschulgutachten nachgewiesen hatten, dass die Profession der Grundschullehrerin sich durch nichts von den übrigen Lehrämtern unterscheidet. Ich denke, es ist Mitverdient des VBE und der damaligen Bundesleitung, dass es zu einem Moratorium gekommen ist.



Beyer hilft weiter!

Sehr geehrter Herr Beyer,

als Schulleiterin fühle ich mich für einen unglücklichen Vorfall an meiner Grundschule mitverantwortlich, obwohl ich krankheitsbedingt gar nicht anwesend war. Der Vorfall ereignete sich bei einem Arbeitseinsatz des Fördervereins auf dem Pausenhof unserer Grundschule. Was war passiert? Einige Fördervereinsmitglieder hatten sich bereiterklärt, den Pausenhof der Schule mit Hüpfspielen zu verschönern. Leider fiel ich krankheitsbedingt an dem Arbeitseinsatz-Samstag aus. Meine Aufgabe wäre es gewesen, für die Verpflegung zu sorgen und ein Auge auf die Kinder zu haben. Infolge meiner Erkrankung hielt ich Rücksprache mit dem Vorstandsvorsitzenden. Dieser bedauerte meinen Ausfall, meinte aber, dass das Team schon zurechtkommen würde und sie den Arbeitseinsatz auf jeden Fall durchführen wollten. Die paar anwesenden Kinder würden sie beaufsichtigt bekommen. Essen und Getränke würde er besorgen. Es hat sich wohl dann doch niemand über längere Zeit für die Kinder zuständig gefühlt. Zwei von ihnen warfen jedenfalls mit Steinen auf einen Basketballkorb auf dem Nachbargrundstück. Dabei wurde mehrmals auch ein dort parkendes Fahrzeug getroffen. Die beiden sechsjährigen Zwillinge, haben zunächst alles abgestritten, nach eingehender Befragung das „Steine werfen“ dann aber zugegeben. Die Fahrzeugbesitzerin möchte nun gegen den Vater der Zwillinge auf Schadenersatz klagen. Da ich mich im Bereich Aufsichtspflicht nicht besonders gut auskenne, habe ich nun folgende Fragen: Wie ist das mit der Aufsichtspflicht im schulischen Bereich generell geregelt? Was gilt es zu beachten? Wer haftet im vorliegenden Fall?

Sehr geehrte Frau L.,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage. Zunächst einmal Sie trifft keine Schuld, machen Sie sich bitte keine unnötigen Vorwürfe. Es war die Entscheidung des Fördervereinsvorsitzenden den Arbeitseinsatz durchzuführen und auf Ersatz zu verzichten. Hinsichtlich Aufsichtspflicht kann ich Ihnen gerne einige Grundsätze nennen und dann auch eine unverbindliche Einschätzung der Situation geben.

Bei der schulischen Aufsichtspflicht kann man einige Maßnahmen im Vorfeld ergreifen. Dies sind klare Verhaltensregeln mit Geboten und Verboten, zum Beispiel führt man Belehrungen durch, dokumentiert diese im Tagebuch, man weist auf Gefahrenquellen hin und kontrolliert konsequent. Diese Maßnahmen passt man hinsichtlich Alter und Reife, örtliche Gegebenheiten und die Disziplin der Klasse an. Doch auch Einsicht und Verantwortungsbewusstsein spielen eine große Rolle. Im schulischen Bereich gelten deshalb die Grundprinzipien vorausschauende Umsichtigkeit (klare Verhaltensregeln), ununterbrochene Beständigkeit (Schülerinnen und Schüler müssen sich nach Alter, Reife und Situation beaufsichtigt fühlen) und kontrollierende Nachdrücklichkeit (Einfordern von Abmachungen, Stichproben).

Nun zu meiner Einschätzung der Situation. Meiner Meinung nach darf ein sechs Jahre altes Kind nicht über mehrere Stunden unbeaufsichtigt auf einem Schulhof belassen werden. Zumindest eine regelmäßige Kontrolle halte ich für erforderlich. Hat diese nicht stattgefunden und kommt es zu einem Schaden, so begründet dies eine Haftung wegen Aufsichtspflichtverletzung.

Ich habe zwei Gerichtsurteile gefunden, die eine sehr ähnliche Situation beschreiben. In dem Fall hat ein Kind mit Holzstücken auf ein Auto geworfen, während der Vater an einer mehrstündigen Versammlung teilgenommen hat. Sie werden sich gleich wundern, zu welchem unterschiedlichen Urteilen es kam.

Gerichtsurteil 1:

Das Landgericht wies die Klage auf Zahlung von Schadenersatz ab. Ein Anspruch nach § 832 BGB habe nicht bestanden, da dem Vater des sechsjährigen Kindes keine Aufsichtspflichtverletzung anzulasten gewesen sei. Gegen diese Entscheidung legte die Fahrzeugbesitzerin Berufung ein.

Gerichtsurteil 2:

Das Oberlandesgericht entschied zu Gunsten der Fahrzeugbesitzerin und hob die erstinstanzliche Entscheidung auf. Ihr habe ein Anspruch auf Schadenersatz zugestanden. Der Vater des sechsjährigen Kindes habe seine Aufsichtspflicht verletzt, indem er seinen Sohn über mehrere Stunden auf dem Schulhof unbeaufsichtigt belassen hatte. Zwar müssen normalerweise entwickelte Kinder im Alter des Sohnes des Beklagten nicht ständig beobachtet werden. Ein „Unbeaufsichtigtlassen“ über mehrere Stunden sei aber unzulässig. Ein Aufsichtspflichtiger müsse damit rechnen, dass Kinder im Grundschulalter Streiche begehen und sei deshalb verpflichtet, eine regelmäßige Kontrolle vorzunehmen. Nun hoffe ich, Ihnen zumindest einen ersten Einblick in das Thema Aufsichtspflicht und die Einschätzung der von Ihnen beschriebenen Situation gegeben zu haben. Weitere Erläuterungen finden Sie im VBE-Handbuch. Hier ist das Thema Aufsichtspflicht ausführlich beschrieben.

Der neue Schuljahresplaner 2024/2025

Jetzt bestellen – sofort lieferbar!

Nur 10,00 Euro
+ Versandkosten



Bestellung an:
VBE Wirtschaftsservice
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Fax: 0711 / 2293858
E-Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-wirtschaftsservice.de>

Perfekt das neue Schuljahr planen!



Lederle spricht **KLARTEXT**

Ich bin mir sicher, Sie kennen den Unterschied

„Glückwunsch! Zwei Wochen Urlaub“, halt es mir beim Hoffest des lokalen Weinguts von einer Bekannten entgegen. Was dann üblicherweise kommt, kenne ich nur zur Genüge. Die ewige Diskussion von wegen Ferien = Urlaub und davon habt ihr Lehrer sowieso viel zu viel. Normalerweise würde ich so eine Diskussion immer gleich mit meinem Killer-Spruch ab: „Tja, die Berufswahl ist halt auch eine Frage der Intelligenz.“ Aber weil ich die Dame echt gut leiden kann und sie eine dann doch relativ junge Freundin meiner Frau ist, verkneife ich mir das diesmal und gebe stattdessen den Erklär-Bär, obwohl ich das eigentlich nicht will. Von wegen Feierabend und tatsächlich Ferien = Urlaub, zumindest ab diesem Wochenende in den Ferien.

Ich erkläre ihr also erst einmal, dass man grundsätzlich zwischen unterrichtsfreier Zeit, Ferien und Urlaub unterscheiden muss. In meinem Fall habe ich die Pfingstferien mit leichten Verwaltungstätigkeiten (halt den ganzen Kruscht, der vor den Ferien so liegegeblieben war), aber vor allem mit den Korrekturen der Prüfungsarbeiten meiner 10er begonnen. Das eine nahm so etwa einen Arbeitstag in Anspruch, das andere deutlich mehr. Korrekturen von Prüfungen erledigen sich nicht von selbst, sondern beanspruchen mindestens zwölf Arbeitsstunden (also ganze Stunden) und weil meine 10er ziemlich zäh waren dieses Jahr, sind es dann doch 15 geworden, was also fast zwei ganze Arbeitstage sind. Wenn ich mir vorstelle, was das bei meiner Autowerkstatt kosten würde, bei deren Stundensatz, wird mir leicht schwummerig.

Ehrlich gesagt, fand ich weder das Eine noch das Andere besonders spannend. Es sind aber halt Jobs, die wir Lehrkräfte so in den Ferien oder der vermeintlichen Urlaubs- bzw. Freizeit erledigen. Gesehen wird das ja im Regelfall nicht, aber wehe dem, wenn man den Rasen schon am frühen Nachmittag mäht. Das wird sehr wohl sehr aufmerksam registriert. Typisch morgens recht und mittags frei. Also erkläre ich nochmals in aller Deutlichkeit: Ferien sind für die Kinder, unterrichtsfreie Zeit für uns und Urlaub findet für uns immer in den

Ferien statt, nur halt nicht die ganze Zeit, von wegen zwölf Wochen Urlaub und so. Aber wie ist das eigentlich mit der Arbeitszeit bei uns Lehrkräften so? Was es dazu erst einmal bräuchte, wäre eine dezidierte Arbeitsplatzbeschreibung für uns Lehrkräfte. Was gehört dazu und vor allem, was nicht. Ich jedenfalls kenne keine offizielle des Kultusministeriums, aber jede Menge Jobs, die man uns aufs Auge gedrückt hat und die wir nicht so wirklich wollten. Wenn es denn endlich mal eine solche Beschreibung gäbe, könnte man auch tatsächlich beginnen, die Arbeitszeit zu dokumentieren. Das dürfte dann höchst spannend werden, vor allem, wie denn dann mit den wahrscheinlich nicht zu knapp anfallenden Überstunden umzugehen wäre.

“ **Wenn ich mir vorstelle, was das bei meiner Autowerkstatt kosten würde, bei deren Stundensatz, wird mir leicht schwummerig.** ”

Für mich ist klar, dass die Erfassung auf alle Fälle einfach und digital geschehen müsste. Was ich mir auch nicht nehmen lassen möchte, ist die Flexibilität bei der disponiblen Arbeitszeit, also dem, was nicht direkt im Unterricht oder in Konferenzen und somit in zeitlich und örtlich gebundener Arbeitszeit steckt. Das ist mit Sicherheit einer der größten Vorteile unseres Berufes, dass ich mich eben selbst entscheiden kann, wann ich nun den Unterricht vorbereite oder die Korrekturen vornehme. Apropos wann und wie: Eine Arbeits- und Verhaltenskontrolle via App wäre für mich ein absolutes No-Go! Ich möchte keine Gespräche mit Kollegin Müller oder Kollegen Meier führen müssen, um zu eruieren, warum Müller siebeneinhalb Minuten länger für die Korrektur einer Mathe-Arbeit bei ihren 6ern braucht als Meier. Ganz zu schweigen, dass sie das dann auch noch

nach 20 Uhr tut (wenn die Kinder im Bett sind), obwohl sie sich doch erholen sollte.

Spannend dürften dann auch solche Unterfangen wie Klassenfahrten werden. Bei einer Mindestruhezeit von elf Stunden würden dann zwei Begleitpersonen wohl kaum genügen. Da müsste eher so eine Art Dreischichtbetrieb stattfinden und das mit der Nacharbeit dann, also die Bereitschaftszeiten zur Kontrolle, ob die Kids dann tatsächlich auch schlafen oder doch lieber wieder mal eine Party im Zimmer der Mädels anzetteln, wäre dann eine zusätzliche Komplikation. Wenn ich nur daran denke, was das für Unterrichtsausfall zwangsweise generiert, wenn pro Klasse plötzlich sechs Begleitpersonen freigestellt werden müssten. Überhaupt stellt der sogenannte Ferienüberhang die größte Komplikation dar. Alle Mehrarbeit in den Ferien abgelten zu wollen, haut wohl kaum hin. Bei den Stoßzeiten in unserem Beruf, also den Wochen, in denen mal locker 50 Stunden Plus anfallen – was arbeitsschutzrechtlich schon gar nicht geht –, reichen die Ferien neben dem Urlaubsanspruch wohl kaum aus. Wenn ich da alleine an meine Sommerferien denke, wird das ziemlich eng als Abgeltungszeitraum. Von wegen Abwicklung des alten Schuljahres und Planung des neuen, Konferenzen oder Fortbildung etc., eben dem, was genau dort in diesem Zeitraum so anfällt. Kein Wunder, dass unser Dienstherr nicht so wirklich ein Interesse an einer Arbeitsplatzbeschreibung oder einer Arbeitszeiterfassung zeigt und im Moment eher etwas zurückhaltend diesbezüglich agiert. Das würde für ganz schön Unruhe sorgen und den Fachkräftemangel noch zusätzlich verschärfen, sollte die All-Flat-Arbeitszeit von uns Lehrkräften – also das Deputatsmodell – aufgrund der Rechtsprechung fallen müssen.

„Von der Seite her habe ich das noch nie betrachtet“, erwidert die Freundin meiner Frau nach meinem zugegeben etwas langen Vortrag. „Dann sind die Ferien gar nicht automatisch Urlaub für euch Lehrer“, ergänzt sie. Jawohl, sie hat es verstanden. Ich nicke ihr wohlwollend zu, hole mein Handy aus der Tasche und tue so, als würde ich ihr einen Eintrag ins digitale Klassenbuch geben: Mona arbeitet gut mit und kennt nun den Unterschied zwischen Ferien und Urlaub. „Seit wann sind die denn digital, die Dinger?“, fragt sie. „Nun ja, schon seit geraumer Zeit und auch andere Dinge haben sich seit deiner Schulzeit geändert. Aber ab jetzt ist wirklich Urlaub“, erwidere ich.

Dirk Lederle

*Schulleiter Johanniter-
schule Heitersheim,
Stellvertretender VBE
Landesvorsitzender.*



 **DSLK**
Deutscher **2024**
Schulleitungskongress

Die Schule von morgen gestalten

07.–09. November 2024, Congress Center Düsseldorf

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleitungskongress.de

Jetzt
Ticket sichern!

10 % sparen

Aktionscode:
DSLK24VBE





Finanzministerium und LBV missbrauchen Beihilfe-Antragsteller als Kreditgeber fürs Land!

Bis zu 10-wöchige Verzögerungen bei Beihilfebescheiden selbst bei Anträgen im Umfang von über 10.000 Euro und mehr!

In den letzten Monaten erreichten den VBE erneut zahlreiche Beschwerden wegen extrem langer Bearbeitungszeiten von eingereichten Beihilfeanträgen. Im letzten Frühjahr 2023 hatten der VBE und sein Dachverband, der BBW, gegen diesen inzwischen seit Oktober 2022 bestehenden Missstand protestiert. Zunächst bat das LBV die Beschwerdeführer um etwas mehr Zeit – bis gegen Ende der Sommerpause 2023, um den aufgelaufenen Stau von 170.000 Beihilfeanträgen (Anfang 2023) abzubauen zu können. Abordnungen und Überstunden des noch vorhandenen Personals führten zum Jahresende 2023 zu kürzeren, meist aber immer noch gut 4-wöchigen Bearbeitungszeiten.

Inzwischen ist die Verärgerung unserer Kolleginnen und Kollegen über die seit einigen Monaten erneut über acht Wochen und länger dauernden Bearbeitungszeiten wieder massiv angewachsen. Auch telefonische Rückfragen beim LBV werden in die Warteschleife bis zum St. Nimmerleinstag abgeschoben.

Ich selbst bin seit 1973 beihilfeberechtigt, seit 51 Jahren. In all diesen fünf Jahrzehnten habe ich eine so langanhaltende

Schwächephase des LBV mit so unerträglich langen Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen nicht erlebt.

Konkret trifft dieser Zustand des LBV ganz besonders die Kranken und Schwerkranken und Pflegebedürftigen. Die Ärzte versenden ihre ersten Mahnbriefe nach drei/vier Wochen, wenn die Rechnungen nicht in diesem Zeitraum beglichen werden. Da der Patient auf den behandelnden Arzt angewiesen ist, ihn nicht verärgern will, bezahlt er in der Regel umgehend die anfallenden Rechnungen.

Dem VBE liegen Beispiele vor, bei denen Beihilfeantragsteller bei Krankheits- und/oder Pflegekosten mit über 10.000 Euro bis zu 10 Wochen in Vorkasse treten mussten. Dies bedeutet konkret nichts Anderes als dass das LBV und das Finanzministerium als zuständiges Ministerium die Beihilfe-Antragsteller als zinsfreie Kreditgeber missbrauchen und damit ihrem Auftrag der Fürsorgepflicht nicht ausreichend nachkommen.

Warum eigentlich dauern die Bearbeitungszeiten bei den Privatkassen nur 3 Tage bis zwei Wochen bei exakt gleichem Bearbeitungsumfang und beim LBV bis zu acht Wochen und noch länger? Wer soll das noch verstehen? Die Privatkassen beweisen, dass es funktioniert und leistbar ist. Der VBE hatte dem LBV

im Frühjahr 2023 empfohlen, sich bei den Privatkassen zu erkundigen, weshalb es diesen möglich ist, ihre Bescheide innerhalb von 3 Tagen bis zu zwei Wochen zu fertigen. Diese Empfehlung bleibt nach wie vor aktuell, gerade auch für das Finanzministerium. Wäre das LBV ein nicht-staatliches Unternehmen (Versicherung), hätte es bereits 2023 Insolvenz anmelden müssen, da es alle Kunden verloren hätte.

Da die anhaltende Schwächephase des LBV seit nunmehr ca. 1,5 Jahren andauert, ist es kein Wunder, dass die Verärgerung bei den Betroffenen groß ist. Man fragt sich schon, weshalb der Finanzminister seine Behörde, das Landesamt für Besoldung und Versorgung, LBV sehenden Auges weiter in Schieflage geraten lässt.

Personalsituation des LBV nachhaltig stärken

Es ist unübersehbar, dass die Personalsituation in der Beihilfeabteilung des LBV mehr als angespannt ist. Wurden durch die Einführung der Digitalisierung zu früh zu viele Stellen wegrationalisiert, in der Hoffnung, die Digitalisierung spart Arbeitsplätze ein?

Fakt ist: Die Lage ist verfahren, der Beihilfeantragsstau ist erneut angewachsen anstatt gänzlich abgebaut. Die aktuellen extremen Wartezeiten auf Beihilfebescheide sind inakzeptabel! Die Beihilfe-Antragsteller werden als Kreditgeber vom Finanzministerium ausgebeutet und sind heftig verärgert. Die Sachbearbeiter des LBV sind frustriert aufgrund der dünnen Personaldecke beim LBV.

Der VBE fordert

Bereitstellung ausreichender Finanzmittel, um die Personaldecke des LBV so zu gestalten, dass die Behörde ihren Aufgabenstellungen wieder gerecht werden kann.



*Ekkehard Gabriel
VBE Landesseniorensprecher*

Auszüge aus Protestschreiben von Kolleginnen und Kollegen an Landtagsabgeordnete, das Finanzministerium und LBV gegen die langen Bearbeitungszeiten bei Beihilfeanträgen:

- „Aus den inakzeptablen Bearbeitungszeiten der Beihilfeanträge erwächst die Konsequenz, Anträge öfter einzureichen und Rechnungen nicht zu sammeln, um nicht noch mehrere Monate in Vorleistung zu gehen. Das ist kontraproduktiv!“
- „9 Wochen und länger auf mehrere tausend Euro zu warten kommt einer Aussetzung des Gehalts gleich“
- „Mein Beihilfeantrag wurde digital eingereicht. Die Bearbeitung dauert trotzdem über 8 Wochen., meine private Krankenkasse braucht 5-10 Tage bei gleichen zu bearbeitenden Rechnungen“
- „Ich finde es wenig wertschätzend, wenn Mails nicht beantwortet werden und telefonisch keine Auskunft eingeholt werden kann.“
- „Ich muss in der Elternzeit 2 Monate auf Bearbeitung meiner Beihilfeanträge warten. Das ist einfach nicht akzeptabel.“
- „Auch wenn ich die Anträge online oder über die App einreiche, verkürzen sich die Bearbeitungszeiten keineswegs“
- „Wo bleibt die Zusage des LBV, dass große Beträge über 5.000 € vorgezogen bearbeitet werden?“:
 - Antragsdatum: 6. April 2024 / Betrag 2.100,07 €
Beihilfebescheid Stand 18.06.2024: nach 10 Wochen bearbeitet
 - Antragsdatum: 12. Mai 2024 / Betrag 15.775,14 €
Beihilfebescheid Stand 18.06.2024: nach 5,5 Wochen bearbeitet
- „Bei mir rauschen die Mahnungen der Ärzte ein, weil ich die Rechnungen nicht in Vorleistung bezahlen kann.“
- „Meine Frau wird zu Hause gepflegt in Pflegegrad 5. Da kommen schnell höhere Summen zusammen. Alle meine seit dem 1. April 2024 gestellten Beihilfeanträge im Umfang von inzwischen 13.500 € sind mit Stand vom 11. Juni 2024 bearbeitet worden, nach: 10 Wochen Wartezeit. Telefonate ans LBV bewirken nichts.“
- „Von meiner Privatkrankenkasse waren die beantragten 30 % bereits nach 4 Tagen auf meinem Konto, beim LBV warte ich jetzt schon 7 Wochen“
- „Für den Antrag meines Großvaters (87 Jahre) in der Höhe von ca. 5.000 € liegt bis heute seit sechs Wochen kein Bescheid vor. Inzwischen sammeln sich erneut die Rechnungen im Tausender Bereich im Posteingang.“
- „Mein Antrag vom 9. April 2024 wurde am 08.06.2024 beschieden: 9 Wochen Bearbeitungszeit. Mein weiterer Antrag vom 8. April 2024 wurde noch immer nicht beschieden, Stand: 14.06.2024: 10 Wochen Bearbeitungszeit“
- „Die Kranken, Schwerkranken, Pflegebedürftigen und Alten trifft es am schwersten“.
- „Hätte ich so mangelhaft meinen Schuldienst abgeleistet, hätte mir mit Sicherheit ein Disziplinarverfahren gedroht.“
- „Meine ausstehenden Beihilfebescheide liegen in der Höhe von zwei Monatsgehältern“.

Aus der VBE Schriftenreihe

Ratgeber Vorsorgeservice

Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Erklärung zur Organspende – Ein Seniorenservice des VBE

Haben Sie sich schon einmal gefragt, was passiert mit mir, wenn ich aus Krankheitsgründen oder Ähnlichem nicht mehr über mich selbst bestimmen kann. Wer soll dann für mich entscheiden? Viele glauben, dass in einem solchen Fall der Ehepartner die notwendigen Entscheidungen treffen könnte. Doch das ist ein großer Irrtum! Alles was zu tun ist, damit Ihr Wille berücksichtigt wird und Sie nicht fremdbestimmt werden, erfahren Sie in diesem Ratgeber!

A4 Hochformat, 48 Seiten, 4,00 € für VBE-Mitglieder



Bestellungen bitte an:

VBE Wirtschaftsservice
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Telefon: 0711 / 2293858
E-Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de
Internet: www.vbe-wirtschaftsservice.de



Verband Bildung und Erziehung
Baden-Württemberg

Der VBE im Gespräch mit ...



... Daniel Hager-Mann

Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Walter Beyer und Dirk Lederle trafen Ministerialdirektor Daniel Hagermann zu einem bildungspolitischen Gespräch im Kultusministerium. Themen waren unter anderem die Reformpläne der Landesregierung.

Foto, v. li.: Dirk Lederle, Gerhard Brand, Daniel Hager-Mann, Walter Beyer



... Thomas Poreski

Der VBE Landesvorsitzende Gerhard Brand und der stv. Landesvorsitzende Dirk Lederle waren im Austausch mit Thomas Poreski, stv. Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion. Themen waren: Bildungsreformen der Landesregierung, Grundschulempfehlung, Werkrealschule, Realschule, Gemeinschaftsschule, Sprachförderkonzept.

Foto: Dirk Lederle (oben re.), Gerhard Brand (unten li.), Thomas Poreski



Foto, von li.: Dirk Lederle, Gerhard Brand, Walter Beyer, Theresa Schopper.

... Theresa Schopper

Der VBE Landesvorsitzende Gerhard Brand und die stellvertretenden Landesvorsitzenden Dirk Lederle und Walter Beyer sprachen mit Kultusministerin Theresa Schopper über folgende Themen:

- Lehrkräfteversorgung an Grundschulen, SBBZ und Sek I: Hinweis auf Engpässe
- Ausbau der Krankheitsreserve
- Startchancen-Programm
- Sprachförderung an Kitas und Grundschulen:
 - VBE begrüßt, dass Problematik angegangen wird. Allerdings sieht der VBE noch Fragezeichen, ob eine flächendeckende Umsetzung zum Schuljahr 27/28 mit der aktuellen Versorgungslage möglich ist.
 - Alltagsintegrierte versus zusätzliche Sprachförderung an Kitas.
 - Kooperation Kita-Grundschule. Einschulungsuntersuchung.
 - Juniorklassen und Zurückstellung von nicht schulreifen Kindern.
 - Vor- und Nachbereitungszeiten bei Sprachförderung an Kita und Grundschule.
 - Mehrarbeit für Schulleitungen? VBE setzt sich für Anrechnungsstunden ein.
- Direkteinstieg Kita: VBE spricht sich für hohe Qualitätsstandards aus.
- Bildungsreformen im Bereich Sek I:
 - Grundschulempfehlung. VBE sieht hohe Wichtigkeit von Beratungsverfahren.
 - Kooperative Verbünde unter Realschulen, um G-Niveau abbilden zu können.
 - Verbundoptionen von Werkrealschulen mit Realschulen und Gemeinschaftsschulen.
 - VBE besteht bei Verbänden auf Freiwilligkeit und fordert einheitliche Bezahlung auch der Bestandslehrkräfte an Werkrealschulen nach A 13

Der VBE zu Gast bei ...



... NANU?! Realschule experimentiert

Der VBE tritt für starke Realschulen und starke Naturwissenschaften ein. Der stv. Landesvorsitzende Dirk Lederle war bei der Preisverleihung von „NANU?! Realschule experimentiert“ dabei und kam mit Staatssekretärin Sandra Boser ins Gespräch. NANU steht für „Neues Aus dem Naturwissenschaftlichen Unterricht“ und möchte das naturwissenschaftliche Lernen an der Realschule, insbesondere im MINT-Bereich, stärken.

Foto: Sandra Boser, Dirk Lederle



Der VBE fordert den Erhalt von allen Werkrealschulen

Das Bildungssystem in Baden-Württemberg wird nach Ankündigung der Landesregierung umfangreich reformiert. Die zentralen Reformvorhaben sind der Ausbau der frühkindlichen Sprachförderung an Kita und Grundschule, die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium und eine Reform der Sekundarstufe I. Im Bereich der Haupt-/Werkrealschulen kommen die angekündigten Maßnahmen als zweischneidiges Schwert daher.

Welche Auswirkungen die Reformvorhaben auf die Haupt- und Werkrealschulen haben, will der VBE an dieser Stelle erläutern:

Der Werkrealschulabschluss und der Hauptschulabschluss in Klasse 10 sollen auslaufen. Die Landesregierung scheint auf diese Art offenkundig auch das berufliche Schulwesen und die Berufsfachschule als Weg zum mittleren Bildungsabschluss stärken zu wollen. Zudem setzt das Land auf eine verstärkte Kooperation von Werkrealschule (WRS) und Realschule (RS), was zum einen WRS-Standorte stärken könnte und zum anderen für die RS-Standorte die Möglichkeit eröffnet, das G-Niveau ausschließlich im Bereich der verbundenen WRS abbilden zu können.

Es war und ist eine Kernforderung des VBE, dass die Haupt-/Werkrealschule erhalten bleiben muss. Für den VBE ist auch klar, dass die Haupt-/Werkrealschulen ihre Berechtigung in der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg haben und sie auch weiterhin haben müssen.

Haupt- und Werkrealschulen haben ihre Berechtigung

Für die Arbeit in der Raumschaft sind sie eine wichtige Stütze: Aufgrund des gemäßigten Fachlehrerprinzips sind sie in der Lage, sich sehr intensiv um die Schülerinnen und Schüler zu kümmern. An dieser Schulart hat die Beziehungsarbeit oberste Priorität – gerade schwache Schülerinnen und Schüler profitieren davon. In keiner anderen Schulart werden Schüler auf G-Niveau so gezielt gefördert. Und zur Wahrheit gehört auch: Keine andere Schulart verzeichnet einen derart hohen Rücklauf ab der siebten Klasse.

Nach Angaben des Kultusministeriums ist die Anzahl der Haupt-/Werkrealschulen im Land in etwas mehr als zehn Jahren von rund 1.200 auf heute 224 zurückgegangen. Das jetzige Reformkonzept kann bei wohlwollender Betrachtung auch als eine Bestandsgarantie für die verbliebenen, aber bedrohten Schulstandorte betrachtet werden. Warum?

Reformvorhaben sieht Verbände vor

Weil das Konzept vorsieht, wo immer es vor Ort möglich und gewünscht ist, können Haupt-/Werkrealschulen mit einer Realschule einen kooperativen Verbund eingehen und damit ihren Standort sichern. Darüber hinaus können Werkrealschulen sich auf eigenen Wunsch zu Realschulen oder Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln, sie können aber auch

eigenständig bleiben, wenn die Schülerzahlen dies ermöglichen. Dies entspricht den Forderungen des VBE, der sich in fortlaufenden Gesprächen dafür einsetzt, dass Haupt- und Werkrealschulen auch selbstständig bestehen bleiben können.

Aber: Diese Entwicklung braucht vonseiten der Schulaufsicht unbedingt eine gute Begleitung und vor allem tragfähige Personalkonzepte für Lehrkräfte und Schulleitungen. Darüber hinaus sind aus Sicht des VBE drei weitere Punkte zu beachten, um die Akzeptanz des Reformvorhabens zu erhöhen:

- Kolleginnen und Kollegen an den Schulen müssen in die Gestaltungsprozesse vor Ort einbezogen werden. Ihre Expertise muss einfließen können, und zwar mit Stimmrecht im Rahmen der Schulkonferenz.
- Die Grundschulempfehlung sollte nicht nur im Bereich des Gymnasiums, sondern auch im Bereich der anderen Schularten mehr Gewicht erhalten.
- Es ist zu berücksichtigen, dass in der zweiten Säule künftig alle Lehrkräfte gleichwertig nach A13 besoldet werden. Das Land kann nicht einerseits stärkere Verbünde und Kooperationen zwischen den Schularten einfordern und andererseits die betreffenden Lehrerinnen und Lehrer ungleich bezahlen.

*Gerhard Brand, Landesvorsitzender
Dirk Lederle, Stv. Landesvorsitzender*

Zukunftskonferenz zur ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie: Ein bedeutender Schritt in Richtung Chancengleichheit

Im Hospitalhof Stuttgart fand am 7. Juni 2024 die Zukunftskonferenz zur ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie statt. Diese bedeutende Veranstaltung, organisiert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, brachte führende Köpfe aus Politik, Wirtschaft und Verbänden zusammen, um gemeinsam Wege zur Förderung der Chancengleichheit zu erörtern und zu entwickeln.

Eröffnung und Hauptredner

Die Eröffnungsrede hielt Dr. Ute Leidig, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Dr. Leidig betonte, dass in der Politik und Gesellschaft bereits viel passiert ist, um die Gleichstellung voranzutreiben. Dennoch sei die vollständige Gleichheit im Alltag noch nicht erreicht. Stereotype und Vorurteile bestehen weiterhin und behindern den Fortschritt. Sie unterstrich, dass Gleichstellung ein Querschnittsthema ist, das alle Ressorts betrifft, und appellierte an alle Anwesenden: „Wir sind alle gefragt – wie wollen wir unsere Gesellschaft gestalten?“

Ziele und Herausforderungen

Nach der Eröffnung wurden konkrete Empfehlungen erarbeitet, die bis Ende des Jahres in einer weiteren Veranstaltung vorgestellt werden sollen. Die interministerielle Arbeitsgruppe plant, 2025 eine umfassende Gleichstellungsstrategie zu veröffentlichen. Ziel ist es, eine nachhaltige, faire und gleichberechtigte Haltung in allen Bereichen zu etablieren und die Gleichstellung im Land zu stärken.

Inspirierende Vorträge und Diskussionen

Alexandra Zykunov, Autorin, Journalistin und Sprecherin, hielt einen eindrucksvollen Vortrag zum Thema „Wir sind doch alle längst gleichberechtigt! Was wollt ihr denn

noch alles?!“. Sie beleuchtete die aktuellen Herausforderungen und Missverständnisse rund um die Gleichstellung. Zykunov kritisierte gängige „Bullshit-Sätze“ wie zum Beispiel, dass Frauen bei Gehaltsverhandlungen einfach aggressiver verhandeln sollten ... und erklärte, dass es nicht an mangelndem Mut liege, sondern an unbewussten Vorurteilen. Frauen würden oft schlechter eingeschätzt, selbst wenn sie genauso verhandeln wie Männer.

Fikri Anıl Altıntaş, freier Autor und Projektmanager aus Berlin, war der zweite Key-Note-Speaker und wurde am Nachmittag online zugeschaltet. Er schreibt über Männlichkeit(en) und Rollenbilder, Orientalismus, Antifeminismus sowie (De)-Konstruktion von migrantischer, muslimisch-türkischer Männlichkeit in Deutschland. Sein Fazit: "Wir müssen ermutigen, dass Männer einen anderen Weg finden."

Workshops und praxisnahe Ansätze

In verschiedenen Workshops wurden Herausforderungen und Lösungsansätze diskutiert. Themen wie Fachkräftebedarf, geschlechtersensible Ausbildung und die Förderung klischeefreier Berufswahlen standen im Mittelpunkt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entwickelten praxisnahe Lösungen, um eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen.

Abschließende Gedanken

Die Konferenz endete mit einem positiven Ausblick und der klaren Botschaft, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern eine grundlegende Voraussetzung für eine starke und gerechte Gesellschaft ist.

Ein gewinnbringender Tag. Der VBE wird das Thema weiterverfolgen!

Petra Schoch



Petra Schoch, Mitglied der VBE Verbandsleitung nahm für den VBE bei der Zukunftskonferenz teil.



Erste Hilfe im Schulalltag

Insektenstich

Bei sommerlichen Temperaturen, man hat es sich gerade gemütlich auf der Wiese, dem Spielplatz oder am Picknicktisch eingerichtet, hört man ein Summen ... Sobald die ersten Speisen ausgepackt sind, das erste Eis in der Hand ist oder die ersten Getränke geöffnet wurden, sind Bienen und Wespen penetrante uneingeladene Gäste. Insektenstiche sind daher im Sommer nicht selten und gelegentlich gelangt ein Insekt auch versehentlich beim Essen oder Trinken in den Mundraum und sticht hier zu. Betroffenen sind hierbei oft auch Kinder.

Wichtiges vorweg:

Eigenschutz steht an erster Stelle – tragen Sie Handschuhe, wenn Körperflüssigkeiten (beispielsweise Blut) im Spiel sind!

Woran erkennt man einen Insektenstich?

Rötung (begrenzter Bereich rund um die Einstichstelle); Schwellung; Juckreiz (begrenzter Bereich rund um die Einstichstelle); Gefahr: Schock oder allergische Reaktion.

Woran erkennt man eine allergische Reaktion?

Schwindel; Atemnot; Quaddeln (= Anschwellungen der Haut, meist juckend); starker Juckreiz.

Was ist zu tun?

- Gegebenenfalls Stachel entfernen
- Stelle kühlen
- Bei allergischer Reaktion, Atemnot oder Schockzustand sofort Notruf absetzen (112)
- Dokumentieren Sie den Vorfall z. B. im Verbandbuch

Achtung! Als Ersthelfer dürfen Sie keine Medikamente (beispielsweise Antihistaminikum) oder Salben (beispielsweise Fenistil ©)

verabreichen! Führt die betroffene Person beispielsweise ein Notfallset bei sich, weil Allergien bekannt sind, dürfen Sie die Einnahme/Anwendung unterstützen. Sollte die betroffene Person einen sogenannten Epipen (= Adrenalin-Autoinjektoren, manchmal auch Fastjet genannt) bei sich tragen und benötigen, wenden Sie diesen noch vor dem Absetzen des Notrufes an.

Insektenstich im Mundraum?

Im Sommer passieren Insektenstiche in den Mundraum häufiger, wenn zum Beispiel ein Insekt mit dem Getränk oder der Nahrung in den Mund-/Rachenraum gelangt. Die betroffenen Personen geraten oft in Panik, da die Stichstelle stark schmerzt und die Schwellung im Mund oder Rachen zunimmt und somit die Atmung erschwert werden kann.

- Sofort Rettungsdienst alarmieren (112), es besteht akute Erstickungsgefahr, wenn die Atemwege zuschwellen
- Halsbereich von außen mit Eisbeuteln/kalten Umschlägen kühlen (nichts lutschen lassen, da bei zuschwellendem Mundraum sonst Erstickungsgefahr besteht)
- Atmen erleichtern: Oberkörper hoch lagern, Kleidung am Oberkörper lockern, atmungserleichternde Sitzhaltung einnehmen
- Einnahme von Notfallmedikamenten unterstützen
- Aufregung und Anstrengung vermeiden – Ruhe bewahren
- Gefahr: allergische Reaktion, Schock, Atembeschwerden

Besonderheiten in Schulen/ Kindertageseinrichtungen?

- Bei allergischen Reaktionen sollten Sie den Notarzt kontaktieren.
- Bei bekannten Allergikerinnen und Allergikern mit eigenem Notfallset dürfen Sie deren Epipen betätigen. Der Pen ist für die Anwendung von Laien konzipiert und damit einfach anwendbar.
- Bei bekannten Allergien sollten die Eltern

des betroffenen Kindes der Schule/Betreuungseinrichtung einen Anaphylaxie-Notfallplan/Anaphylaxie-Pass mit Handlungsanweisungen für den Notfall und den Notfallkontakten aushändigen.

- Ersthelferinnen und Ersthelfer sowie Erzieherinnen und Erzieher und angestellte Lehrerinnen und Lehrer stehen generell unter dem Schutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV), verbeamtete Lehrkräfte sind über die Unfallfürsorge abgesichert. Solange Sie nicht grob fahrlässig oder vorsätzlich falsch gehandelt haben, sind Sie abgesichert.

Quellen:

Arbeiter-Samariter-Bund: Erste Hilfe.

https://www.asb.de/application/files/7816/1037/6760/ASB-Erste-Hilfe-Handbuch_2021_digital.pdf

DRK e.V.: Einfach. Effektiv. Erste Hilfe.

Das Handbuch für alle Rotkreuzkurse. S. 49.

DGUV Information 204-008: Handbuch zur Ersten Hilfe in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder. S. 49ff./S.56 ff.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (2013): Verwaltungsvorschrift Verabreichung von Medikamenten bei chronischen Krankheiten in Schulen

Schmidt, Kristina:

<https://www.allergo-logisch.de/anaphylaxie-notfallmedikamente-kita-schule/>



Franziska Gramlich
Stellvertretende
Vorsitzende
VBE Landesbezirk
Nordbaden

Einblicke in die Zentralen Erhebungen an allgemeinen Schulen

Vermutungen sind keine gute Grundlage für Entscheidungen, Daten hingegen schon. Diese allgemeingültige Aussage gilt auch im schulischen Zusammenhang: Die Bildungsforschung hat die Erfahrungen aus der Schulpraxis bestätigt, wie wertvoll Rückmeldungen aus Schülersicht für die Passung des Unterrichtsangebots sind. Die Zentralen Erhebungen können damit eine Grundlage sein, Entscheidungen zur Weiterentwicklung von Unterricht und Schule auf der Basis von Daten zu treffen und somit entscheidend zum Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler beitragen. Dabei ist die eingeholte Rückmeldung als eine von mehreren möglichen Perspektiven auf den Unterricht zu verstehen und stellt keine Bewertung des Unterrichts oder gar der Lehrkraft als Person dar. Grundsätzlich steht die lernförderliche Qualität des Unterrichts im Mittelpunkt.

Zentrale Erhebungen sind Teil des Gesamtkonzepts zur datengestützten Qualitätsentwicklung an Schulen in Baden-Württemberg. Sie erheben mit einem schlanken Online-Fragebogen ausgewählte bildungsrelevante Indikatoren. Durch die Nutzung standardisierter und valider Instrumente und den Vergleich mit Referenzwerten haben Schulen die Möglichkeit, ihren eigenen Entwicklungsstand einzuordnen. Im aktuellen Schuljahr 2023/2024 werden die Zentralen Erhebungen bereits zum zweiten Mal auf freiwilliger Basis durchgeführt. Allen allgemeinbildenden Schulen – ausgenommen SBBZ – wird die Befragung vom IBBW angeboten, jede Schule entscheidet selbst, ob sie daran teilnehmen möchte. Die Befragung erfasst in diesem Jahr die wahrgenommene Unterrichtspraxis im Fach Mathematik und das schulbezogene Wohlbefinden aus Schülersicht und findet im Zeitraum vom 6. Mai bis 12. Juni 2024 an den Schulen statt.

Ein Blick zurück

Vor der erstmaligen Durchführung der Zentralen Erhebungen erfolgte eine Abstimmung der Inhalte und des Vorgehens mit dem Kultusministerium sowie die Information der Gremien des Hauptpersonalrats. Im Juni 2023 konnten dann erstmals alle 3., 6. und 8. Klassen der allgemeinen Schulen in Baden-Württemberg freiwillig an den Zen-

tralen Erhebungen teilnehmen. Rund 20 % der Schulen – mit 20.294 Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe I und 12.200 Schülerinnen und Schülern in den Grundschulen – haben diese Gelegenheit genutzt. Erfasst wurde die Unterrichtsqualität im Fach Deutsch mit den drei Dimensionen „Strukturierte Klassenführung“, „Kognitive Aktivierung“ und „Konstruktive Unterstützung“. Diese drei Dimensionen setzten sich jeweils aus zwei bis drei Subskalen zusammen, zu denen die Schulen detaillierte Rückmeldungen erhielten. Des Weiteren wurde das schulbezogene Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler mittels der Dimensionen „Einstellung zur Schule“, „Beziehungen zwischen Lernenden“ und „Beziehungen zwischen Lernenden und Lehrkräften“ erhoben.

In den weiterführenden Schulen wird der gleiche Fragebogen auch in diesem Jahr für den zweiten freiwilligen Durchgang eingesetzt. Die statistischen Analysen der Daten aus 2023 haben die Validität des Instruments bestätigt. Für die Befragung der Grundschulen wurde der Fragebogen aufgrund der vorliegenden Daten in zwei der Subskalen im Bereich Unterrichtspraxis angepasst. Die Befragung zum schulbezogenen Wohlbefinden bleibt auch hier unverändert. Der Blick auf die wahrgenommene Unterrichtspraxis bezieht sich in diesem Jahr auf das Fach Mathematik.

Zu den Zentralen Erhebungen können sich Schulen mit ihren Rückfragen sowie Rückmeldungen jederzeit an das IBBW wenden. Im Jahr 2023 wurde neben konstruktiver Kritik auch der Wunsch formuliert, die Zentralen Erhebungen thematisch auszubauen. Großen Zuspruch erfuhr der schulindividuelle detaillierte Ergebnisbericht, der Stärken und Entwicklungsfelder der Schulen übersichtlich aufzeigt und in bewährter Form auch in diesem Jahr den teilnehmenden Schulen umgehend nach Ende des Befragungszeitraums zugestellt wird. Ebenso wurden von den Schulen die verwendeten Kriterien als gut verständlich und passend für die Schulpraxis eingeschätzt. Die erhobenen Daten erfassen die für Schulen entscheidende Prozessebene und werden als wertvolle Unterstützung für das Treffen pädagogischer Entscheidungen wahrgenommen.

Ein Blick nach vorn

Die Zentralen Erhebungen im Schuljahr 2023 waren ein Erfolg, den die Durchführung 2024 bestätigt. In diesem Durchgang haben sich fast ein Drittel aller Gymnasien zur Teilnahme angemeldet. Bei den anderen Schularten liegt die Teilnahmequote zwischen 20-23% (GS, GMS, RS), bei den Werkreal-/Hauptschulen darunter (5%). Insgesamt nehmen 755 Schulen teil. Viele Schulen haben schon jetzt den Mehrwert der Zentralen Erhebungen für sich erkannt und nutzen das Serviceangebot des IBBW, um wissenschaftlich fundierte und für die Schul- und Unterrichtsentwicklung vor Ort relevante Daten zu erhalten.

Und für alle, die mehr wollen – mehr Subskalen wählen oder weitere Fächer betrachten: Die gleichen und viele weitere Fragebogen-Bausteine stehen allen Lehrkräften auch im Befragungsportal BEF-BW unter www.befragung-bw.de für Online-Befragungen ihrer Schülerinnen und Schüler zur Verfügung. Jede Lehrerin und jeder Lehrer kann die wissenschaftlich validierten Fragebogen-Bausteine jederzeit für ein persönliches Feedback der eigenen Klasse in jedem beliebigen Fach nutzen (Feedback-Tool). Zudem hat jede Schule die Möglichkeit mehrere Klassen und Jahrgänge gleichzeitig mit dem gleichen Fragebogen zu befragen und kann hierfür das Schul-Tool des IBBW nutzen. Die Anlage von Befragung und deren Durchführung in den Online-Tools ist aufwandsarm und einfach, ein aussagekräftiger Ergebnisbericht wird automatisch generiert.

Dr. Ingola Mohr, stellv. Referatsleiterin Referat 33

Eine ausführlichere Version dieses Artikels, die einen Einblick in die detaillierten Ergebnisdarstellungen und die Darstellung im Schuldatenblatt bietet, finden Sie hier:



Der Inhalt des Artikels muss inhaltlich nicht mit den Positionen des VBE übereinstimmen.



Der VBE informiert: Inflationsausgleich und Elternzeit bei Tarifbeschäftigten und Beamten

Durch den Tarifvertrag Inflationsausgleich haben Tarifbeschäftigte nach TVÖD und TV-L Inflationsausgleichszahlungen erhalten oder sie werden sie noch erhalten. Dieser Vorteil wurde auch auf die Beamten übertragen. Haben Beschäftigte aber in einem fraglichen Zeitraum aufgrund von Elternzeit kein Arbeitsentgelt, beziehungsweise keine Bezüge erhalten, bestand bisher kein Anspruch. Daher gab es Fälle, in denen Beschäftigte in Elternzeit für einen Zeitraum keinen Inflationsausgleich erhalten haben.

Das Arbeitsgericht Essen hat Mitte April diese Praxis nun in erster Instanz für rechtswidrig erklärt. Der VBE Baden-Württemberg begrüßt die Gerichtsentscheidung. Das entscheidende Argument war, dass die tarifvertragliche Regelung das Gleichheitsgebot von Artikel 3 des Grundgesetzes verletzt. Im fraglichen Fall musste dann der klagenden Beschäftigten für die Elternzeit der Inflationsausgleich nachbezahlt werden. Die arbeitsgerichtliche Entscheidung ist zwar noch nicht rechtskräftig, allerdings hofft der VBE, dass die übergeordneten Instanzen die Rechtsauffassung des Arbeitsgerichts teilen.

Was das für Tarifbeschäftigte oder Beamtinnen und Beamte bedeutet, wenn sie auch wegen Elternzeit keine oder reduzierte Inflationsausgleichszahlungen erhalten haben und was Tarifbeschäftigte nun unbedingt tun sollten, hat der VBE kompakt zusammengefasst:

Auswirkungen für Tarifbeschäftigte

Für Tarifbeschäftigte, die wegen Elternzeit keine oder reduzierte Inflationsausgleichszahlungen erhalten haben, empfiehlt der VBE, die Rechte nach dem Tarifvertrag Inflationsausgleich zu wahren. Für die Geltendmachung der Ansprüche gibt es jeweils einen Musterantrag für Arbeitsverträge nach TVÖD und TV-L.

Wichtig dabei ist, dass bei der Geltendmachung die sechsmonatige Ausschlussfrist eingehalten wird. Das heißt, dass die fälligen Leistungen spätestens sechs Monate nach Fälligkeit geltend gemacht werden müssen, ansonsten verfällt der Rechtsanspruch. Daher empfiehlt der VBE, den Antrag schnellstmöglich zu stellen.

Auswirkungen für Beamte

Die Entscheidung des Arbeitsgerichts ist zuerst einmal nur für den TVÖD anwendbar. Soweit die Argumentation in den weiteren Instanzen bestätigt wird, können diese Entscheidungen auch Auswirkungen auf die Besoldung im Beamtenverhältnis haben. Denn das Gleichheitsgebot von Artikel 3 Grundgesetz gilt selbstverständlich auch für Beamtinnen und Beamte. Sofern es dann nötig wird, wird der VBE den verbeamteten Mitgliedern auch ein Muster schreiben zur Geltendmachung ihrer Rechte zur Verfügung stellen.

Den Musterantrag TVÖD finden Sie hier:



Den Musterantrag TV-L finden Sie hier:





Verband Bildung und Erziehung
Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Anmeldung und Information bei:

Annika Jung
Referentin Fortbildung und Medien
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

E-Mail: annika.jung@vbe-bw.de
Telefon: 0711 229314-81

Fortbildungen des VBE Baden-Württemberg



Fresh up EXKLUSIV- Bist du noch LOA oder wieder raus?

Liegt dein Blick (noch) auf dem Gelingen? Orientierst du dich (noch) an den kleinen Schritten? Fragst du (noch)? Unterscheidest du (noch) zwischen der Alltags- und Reflexionsebene? Weißt du (noch) was LOA ist? Wenn dir diese Fragen ein Lächeln oder ein Grinsen ins Gesicht zaubern und du dich vielleicht ein wenig er- tappt fühlen solltest, haben wir etwas für dich. Für alle, die in den letzten Jahren über den VBE an einer LOA-Fortbildung teilgenom-

men haben, gibt es die Möglichkeit eines „LOA-Bades“ im Sinne einer Auffrischung. Der Schwerpunkt der beiden Tage soll auf dem Austausch und der Auffrischung liegen. Wie gewohnt wird es Impulse und Anregungen von Michael und Manuel geben, die gemeinsam mit der Gruppe abgestimmt werden. Dabei können und sollen auch Erfahrungen und Erkenntnisse der Teilnehmenden einfließen.

**Termin: 26.- 27. September 2024, Donnerstag 9:30-18:00 Uhr, Freitag 9:00-15:30 Uhr
Parkhotel Jordanbad, Raum Kneipp-Saal, Im Jordanbad 7, 88400 Biberach a.d.R.**



„Ich kann das nicht“ – Schülercoaching: Ziele setzen und begleiten

Coachingangebote gibt es in vielen Lebensbereichen. Schüle- rinnen und Schüler in Lernprozessen und sozialen Zielen indi- viduell zu beraten gehört zu den neueren Aufgabenfeldern von Lehrkräften. Schülercoaching hat vor allem zum Ziel, dass der Lernende seinen Lernprozess und das eigenständige Lernen ge- meinsam mit dem Lerncoach reflektiert und sich entsprechend neue Ziele setzt. Im Seminar werden anhand systemischer Me- thoden und Elemente aus dem Heidelberger Kompetenztraining die einzelnen Schritte des Coachings

geübt und erfahren.

**Termin: 17.-18. Oktober 2024, Donnerstag 9:30-18:00 Uhr, Freitag 8:30-15:30 Uhr
Parkhotel Pforzheim, Deimlingstr. 32-36, 75175 Pforzheim**



Klassenrat – wie geht das?

Der Klassenrat ist inzwischen eine etablierte Methode, mit der in Klassen eine gelingende Gesprächskultur und ein beziehungs- orientiertes Miteinander etabliert wird. Hier lernen Schülerinnen und Schüler „in echt“, wie ein demokratisches Miteinander funk- tioniert. Dabei geht es um alle Themen und Anliegen, die das Zu- sammenleben und -arbeiten in der Klasse (die Klassenlehrkräfte eingeschlossen) angehen, damit sich alle in der Klasse wohlfüh- len und gut miteinander leben und lernen können. In der Fortbildung stellen die Autoren des Grund- lagenwerkes „Der Klassenrat“, Eva und Hans Joachim Blum, ihr Konzept des Klassenrats detailliert vor und erarbeiten mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Faktoren für einen zielführenden Klas- senrat. Teilnehmende mit Erfahrung im Klassenrat können ihre Kompetenzen vertiefen und ihre kon- kreten Fragestellungen einbringen.

**Termin: 21.-22. Oktober 2024, Montag 9:30-18:30 Uhr, Dienstag 8:30-15:30 Uhr
Parkhotel Jordanbad, Raum Sonneneck, Jordanbad 7, 88400 Biberach**



Tipps für die Verbeamtung – Optimal krankenversichert

Die Entscheidung für die Private Krankenversicherung ist meist eine fürs Leben. Das dbb vorsorgewerk und seine Partner bieten dazu Informationen und Beratung.

Eine Verbeamtung – auch auf Widerruf im Vorbereitungsdienst – bringt in puncto Krankenversicherung für viele Neues mit sich. Denn die Anwärter beziehungsweise Beamten erhalten eine besondere Absicherung im Krankheitsfall, die sogenannte Beihilfe. Konkret bedeutet das: Der Dienstherr übernimmt einen Teil der Krankheitskosten. Wie hoch die Beihilfe ist, richtet sich unter anderem nach Dienstherr und Familienstand.

Zum Beispiel mit dem „Bund“ als Dienstherr: Dann beträgt der Beihilfe-Anteil für aktive Beamte 50 Prozent, mit zwei oder mehr Kindern 70 Prozent. Beihilfeberechtigter Ehepartner erhalten 70 Prozent, die Kinder 80 Prozent. Die Beihilfe umfasst Arztbesuche, Medikamente und vieles mehr. Beihilfefähige Leistungen werden bei Inanspruchnahme zu diesen Prozentsätzen übernommen. Die Abdeckung des Restanteils muss – sofern keine freiwillige gesetzliche Versicherung gewählt wurde – durch eine ergänzende private Krankenversicherung abgesichert werden.

Beihilfe konforme private Krankenversicherungen sind kein Massengeschäft, daher sollte man für Recherche und Vergleich nicht auf die dauerwerbenden Onlineportale setzen, sondern sich nach Erfahrung und Verständnis für die Belange der im öffentlichen Dienst Tätigen umschauchen. Langjähriger Kooperationspartner des

dbb vorsorgewerk ist Deutschlands älteste Beamtenversicherung, die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Sie ist seit ihrer Gründung auf Beamte sowie deren Familienangehörige spezialisiert und bietet auf die persönlichen Bedürfnisse abgestimmte PKV-Tarife zu einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis.

Ihren Tarif „Vision B“ beschreibt die DBV als „Rundum-Sorglos-Paket für die Gesundheit“. „Vision B“ umfasst ambulante Leistungen bei Fachärzten, dazu Heilpraktiker, erweiterte Vorsorgeuntersuchungen – für Erwachsene ohne Zeit- und Altersbeschränkung, operative Sehschärfenkorrektur zum Beispiel Lasik, Psychotherapie, Hilfsmittel sowie Arznei- und Verbandsmittel. Dienstunfälle, Berufskrankheiten und Sportunfälle sind mitversichert. Bei vorzeitiger Entlassung aus dem Krankenhaus wird ein Zuschuss zur häuslichen Krankenpflege und zur hauswirtschaftlichen Versorgung gewährt. Zu den inkludierten zahnärztlichen Leistungen gehören Zahnbehandlungen, Zahnersatz, wie etwa Kronen und Implantate sowie Kieferorthopädie.

Erweiterte Leistungen

Wer privat krankenversichert ist, muss zusätzlich eine private Pflegepflichtversicherung abschließen. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Die DBV bietet dafür den „Tarif PVB“ an.

Mit Beihilfe und einer beihilfekonformen privaten Krankenversicherung sind Beamte sehr gut abgesichert. Trotzdem kann es sein, dass die Beihilfe nicht alle Leistungen in vollem Umfang oder auch gar nicht be-

zuschusst. Dadurch entstehen Eigenanteile, die man selbst bezahlen muss. Bei der DBV lässt sich diese Lücke mit Beihilfeergänzungstarifen schließen – zu einem geringen zusätzlichen Beitrag.

Ein Rechenbeispiel aus der Praxis: Sollten die Kosten für eine neue Brille 300 Euro betragen, kämen von der Beihilfe 31 Euro und der PKV 150 Euro. Die Lücke von 119 Euro würde der Beihilfeergänzungstarif schließen. Übrigens: Wer eine bestimmte Zeit lang keine PKV-Leistungen in Anspruch nimmt, erhält eine Beitragsrückerstattung. Es kann sich also lohnen, kleine Rechnungsbeträge selbst zu übernehmen.

Fragen Sie das dbb vorsorgewerk!

Im öffentlichen Dienst Beschäftigte haben unterschiedlichen Absicherungsbedarf. Die DBV hat als Orientierungshilfe einen „Beihilfe-Rechner“ entwickelt, erreichbar über das dbb vorsorgewerk. Damit lassen sich im Hinblick auf die eigene Lebenssituation die Leistungsumfänge der Tarifvarianten vergleichen. Wer möchte, fordert unverbindlich ein individuelles Angebot an und profitiert als dbb Mitglied oder Angehöriger von 3 Prozent Beitragsnachlass*. Dieser Vorteil kann sich für einen Anwärter bis zum Lebensende auf mehr als 5.000 Euro summieren, für eine Familie mit Kindern (Partner auch mit Beihilfe) auf mehr als 10.000 Euro. Auf Wunsch vermittelt das dbb vorsorgewerk gerne Beraterinnen und Berater vor Ort

[dbb-vorteilswelt.de/beihilfe-rechner](https://www.dbb-vorteilswelt.de/beihilfe-rechner)

*bei Neuabschluss



Alles neu, alles anders?

Beim Wechsel in den außerschulischen Bereich

Unser herzlich willkommen gilt all jenen die ihre neue Tätigkeit im außerschulischen Bereich (asB) aufnehmen! Sei es im Schulamt, Regierungspräsidium, an den Seminaren, im IBBW, ZSL, LMZ oder im Kultusministerium gibt es interessante Tätigkeiten mit Entwicklungschancen für Lehrkräfte. Doch an diesen und vielen weiteren Dienststellen im außerschulischen Bereich warten auf Neulinge auch Änderungen im beruflichen Alltag.

Von der Zeiterfassung bis zum Urlaubsantrag

Waren Sie schon immer in der Schule beschäftigt? Dann sind Begriffe wie Zeiterfassung, Arbeitszeitverkürzungstag, Rüstzeit oder Urlaubsantrag Neuland für Sie. In Dienstvereinbarungen die zwischen der Dienststelle und dem jeweils örtlichen Personalrat und Dienststelle getroffen werden, werden einige Sachverhalte geregelt, die über geltende Arbeits- und Beamten-gesetze oder Verwaltungsvorschriften hinausgehen. Vor Dienstantritt besteht Klärungsbedarf zum Beispiel darüber, ob eine überhäufige Tätigkeit angetreten wird. Also darüber ob über die Hälfte des Deputates an einer Dienststelle getätigt wird. Dann werden Beschäftigte in die Zeiterfassung aufgenommen und verbringen ihre Arbeitszeit auch in der unterrichtsfreien Zeit in der Behörde. Bei einem vollständi-

gen Deputat im außerschulischen Bereich, hat das aber den Vorteil, dass Urlaube nicht mehr grundsätzlich in den Schulferienzeiten genommen werden müssen. Starten Sie Anfang der Sommerferien könnte ein Knackpunkt Ihr geplanter und bereits gebuchter Sommerurlaub sein. Hier sollten Sie mit der Dienststelle dringend ins Gespräch gehen und eine gute gemeinsame Lösung finden.

Wie viele Zeitstunden arbeite ich pro Tag und pro Woche?

Weiterer Klärungsbedarf besteht darüber, wie viele Zeitstunden täglich gearbeitet werden muss und wie diese Stunden erfasst werden. Die individuelle Deputatstundenanzahl je nach Schulart wird mit einem spezifischen Faktor in Zeitstunden umgerechnet. Bei einem vollen Deputat mündet die Berechnung der verbeamteten Lehrkräfte bei allen Schularten immer in 41 Wochenstunden Arbeitszeit, die auf 5 Werktagen verteilt werden. Macht bei 5 Tagen 8,2 Arbeitsstunden pro Tag bei Beamten und Beamtinnen. Als Teilzeitkraft können individuelle Vereinbarungen getroffen werden, an welchen Wochentagen wie viele Stunden Ihrer Teilzeit gearbeitet wird. Persönliche Anliegen sowie Bedürfnisse der Stelle sollten in einem Gespräch mit der Dienststelle im Einvernehmen geklärt werden.

Berechnung Deputat in Zeitstunden

Wöchentliche Unterrichtsverpflichtung	Zeitstunden / Jahr für eine Anrechnungsstunde
31	58
28	64
27	67
26	69
25	72

Wie viele Urlaubstage stehen mir zu?

Der Urlaub wird in der Regel per Urlaubsantrag eingereicht und muss mit Vorgesetzten z. B. in Hinblick auf Vertretungsregelungen abgestimmt werden. Je nach Teilzeit oder Vollzeittätigkeit erhalten Beschäftigte 30 Tage Urlaub plus einen sogenannten AZV = Arbeitszeitverkürzungstag für Beamtinnen und Beamte. Dieser Tag wird per Gesetz (§5 in der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung – AzUVO) zugestanden und dient als Ausgleich für die 41 Stundenwoche gegenüber einer kürzeren Wochenstundenarbeitszeit im Angestelltenverhältnis. Und wenn Sie jetzt staunen, dieser AZV steht auch Lehrkräften an Schulen zu, ist aber in der unterrichtsfreien Zeit

zu nehmen. Wichtig ist, bei Teilzeitbeschäftigten reduziert sich zwar die Gesamtzahl der Urlaubstage übers Jahr, der Arbeitszeitverkürzungstag wird jedoch vollständig und nicht anteilig hinzugezählt.

Wie werden Arbeitszeiten in Ihrer Dienststelle erfasst?

Überhäufig Beschäftigte erhalten in vielen Dienststellen einen Chip der im Eingangsbereich an einem Terminal Arbeitsbeginn und -ende festhält. Eine andere Möglichkeit ist die Zeiterfassung per Computer, zum Beispiel am Dienstgerät im Homeoffice. In der Zeiterfassungssoftware werden wichtige persönliche Daten wie Über- oder Unterstunden und Urlaubstage erfasst und für die Beschäftigten sichtbar.

Sind es aber nur wenige Deputatstunden, also eine sogenannte „unterhältige“ Tätigkeit, an einer neuen Dienststelle im asB-Bereich, dann können Arbeitszeiten in sogenannten Tätigkeitsberichten erfasst werden. Daneben gibt es aber auch pauschal vergebene Stunden ohne Rechenschaftsberichte. In jedem Fall empfiehlt es sich, in Eigenregie alle Tätigkeiten aufzuschreiben. Letztlich dient das der Selbstkontrolle und wirkt Überlastungsszenarien entgegen.

Was ist eine Rüstzeit und wie viel Pausenzeit muss ich nehmen?

Die sogenannte Rüstzeit ist ein Zeitfaktor der bereits vor der Erfassung in der Software anfällt, um überhaupt Zeit erfassen zu können. Geltend gemacht werden können Rüstzeiten beispielsweise für das Hochfahren des Computers oder das Ankleiden für notwendige Berufskleidung vor Betreten eines Reinraumes wie einer Küche. Diese Rüstzeit gehört zur Arbeitszeit und muss in einer Zeiterfassung berücksichtigt werden. Pausenzeiten werden hingegen von Gesetz her von der Arbeitszeit abgezogen. Dienststellen müssen folgende gesetzliche Bestimmungen einhalten: Beläuft sich die Arbeitszeit über 6 bis 9 Zeitstunden dann wird automatisch eine halbe Stunde Pause abgezogen – auch wenn nicht „ausgestempelt“ wird! Nach 9 Stunden Arbeit

sind gesetzlich 45 Minuten vorgegeben, die abgezogen werden müssen.

Überstunden und Co

Kommt es zu Überstunden, dann können diese auch wieder abgebaut werden. Achtung: Arbeiten Sie aber mehr als 10 Stunden täglich, müssen Überstunden von der Dienststelle angeordnet werden, sonst können diese nicht geltend gemacht werden! Gerade bei Dienstreisen mit Reisezeit sind 10 Stunden möglich. Fragen Sie nach Buchung einer Übernachtung oder kürzerer Aufenthaltsdauer am Zielort, damit die 10 Stundenregelung möglichst eingehalten werden kann.

Beurteilungen im außerschulischen Bereich

Die Regel- und Anlassbeurteilungen im außerschulischen Bereich werden nach einem Punktesystem von 0-15 Punkte bewertet und nicht nach dem schulischen Notensystem. In der Verordnung der Landesregierung über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten (Beurteilungsverordnung – BeurtVO) wurde festgelegt, dass Punkte nach einem prozentualen Verteilungsschlüssel vergeben werden. So erhalten 15 Punkte 4% der Beschäftigten, 14 Punkte 5%, 13 Punkte 6% usw. Die Vergleichbarkeit mit den schulischen Regel- und Anlassbeurteilungen ist aufgrund dieser Unterschiede komplex.

Dienstgerät und andere Büroausstattung

Die Ausstattung in den Behörden kann sehr unterschiedlich sein. Je nach Standort könnten Beschäftigte einen festen Arbeitsplatz zugewiesen bekommen oder ein Großraumbüro oder zeitweise buchbare Arbeitsplätze vorfinden oder einen Mix aus beidem. Mitunter gibt es an Dienststellen zu wenige Dienstgeräte für die Beschäftigten. Referentinnen und Referenten müssen sich in diesen Fällen ein Dienstgerät teilen und ihre Arbeitszeiten aufeinander abstimmen. Nach vielen Jahren Tätigkeit als Lehrkraft, immer in Bewegung, bedeutet eine Bürotätigkeit mehrheitlich eine sitzende Tätigkeit. Bei möglichen Vor-

erkrankungen sollten Sie von Anfang an mit der Dienststelle ins Gespräch gehen und mit einer entsprechenden ärztlichen Bescheinigung nach einem höhenverstellbaren Schreibtisch fragen.

Mobiles Arbeiten oder Arbeit im Homeoffice

Einige Dienststellen ermöglichen ihren Beschäftigten, einen Teil der Tätigkeit von zuhause aus zu erledigen. Diese sogenannten Homeoffice-Regelungen treffen Beschäftigte teils in individueller Absprache mit Vorgesetzten oder sie werden in einer Dienstvereinbarung geregelt. Viele Dienststellen verfügen über Videokonferenzsysteme, Skype-Telefonie und dienstliche Austauschplattformen für kollaboratives Arbeiten, sodass ein Teil der Tätigkeiten problemlos zuhause durchgeführt werden kann. Was ist mit Arbeitstreffen, bekomme ich ein Dienstgerät und habe ich dann überhaupt noch einen fixen Arbeitsplatz? Diese Fragen und mehr erfordern wiederum Absprachen und ein Blick in eine entsprechende Dienstvereinbarung, falls vorhanden.

Haben Sie weitere Fragen? Dann lassen Sie es uns wissen und wir werden Ihre Fragen in einer der nächsten Ausgaben gerne beantworten.



Anja Franz

VBE Landesreferat asB
Öffentlichkeitsarbeit im
VBE Kreisverband Nürtingen/Esslingen
Mitglied im ÖPR des Zentrums für
Schulqualität und Lehrerbildung
Mail: anja.franz@vbe-bw.de

Junglehrerinnen- und Junglehrervertreter im VBE

Name	Theresa Eckert
Als Junglehrervertreterin aktiv im	VBE Kreisverband Waldshut
Meine Schulart	Realschule
Darum finde ich den VBE / Jungen VBE gut	Vernetzung mit anderen (jungen) Kolleginnen/ Kollegen Unterstützung bei jeglichen Problemen/Fragen im Schulalltag
Seit wann bin ich Mitglied im VBE/Jungen VBE	Seit 2015
Meine Tipps für hilfreiche „Lehrer-Links“	Pinterest, Material mit Kollegen austauschen
So könnt ihr mich erreichen	theresa.eckert@vbe-bw.de



Ein Workshop mit den Rapagogen – (Wir sind) deine Stimme

Mitte April durften wir die Aktiven des Jungen VBE zum ersten gemeinsamen Wochenende in 2024 begrüßen. Mit einer Arbeitsphase starteten wir in das Programm. Gemeinsam konnten wir aktuelle Broschüren und Handreichungen sichten sowie Anregungen für deren Überarbeitung sammeln. Die vielen Denkanstöße zum Layout und den Inhalten werden nun in weiteren Sitzungen Gegenstand der Tagesordnung. Um unser Team zu stärken, leiteten wir in das Highlight des Wochenendes über.

Rap ist die Sprache derer und für jene, die keine Stimme haben. Mit diesem Zitat eröffneten Tobi und Marco von den Mannheimer Rapagogen ihren Workshop am zweiten Tag. Gemeinsam laut und stark. Die beiden organisieren in einem zwölfköpfigen Team mit viel Passion kreative Erlebnisse für Bildungs- und Kultureinrichtungen. Die ausgebildeten Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Pädagoginnen und -pädagogen sowie Logopädinnen und -päden empfingen ihre Teilnehmenden mit einer kurzen Stand-up-Einlage und reflektieren jugendrelevante Themen und ei-



Stark an deiner Seite: der Junge VBE tagte beim Junglehrkräfte Wochenende

gene Bilder des Raps. Der Junge VBE hatte das engagierte Team eingeladen, um sich bei seinen Aktiven für ihre starke Arbeit zu bedanken – und einen breiten Einblick in diese Art Ausdrucksmöglichkeit von indi-

viduellen Lebensrealitäten zu bekommen. Ziel des Projekts war es, einen eigenen authentischen Imagerap zu schreiben und aufzunehmen. Die Teambuildingmaßnahme wurde von Tobi durch spannende Ein-

blicke in deren Jugendarbeit gespickt und Hinweisen, wie die Konzeption für Schülerinnen und Schüler didaktisch aufbereitet werden kann. Die beiden betonten die Wichtigkeit, Teilnehmende dabei zu unterstützen, auch Nein zum Rappen sagen zu können. Gleichzeitig hoben sie hervor, wie das Selbstwertgefühl bei der eigenen Überwindung stabilisiert werden kann – ein gewinnbringender Balanceakt.

Die in Gruppenarbeit erarbeiteten Verse orientierten sich an vier Themen: Erstens einer Hommage an den Beruf der Lehrkraft, zweitens den Baustellen der schulbezogenen Strukturen und Aufgabenbereiche, drittens der Art und Weise, wie der VBE diese Belange adressiert und viertens den Visionen von besserer Bildung. Die Teilnehmenden waren besonders überrascht, wie sich eigene Hemmungen abgebaut hatten,

am Projekt selbst auch rappend teilzunehmen und sehen Rap nun vielmehr als Tool, die Klassengemeinschaft zu stärken. Dies wurde sicher durch die äußerst authentische und wertschätzende Art der beiden Referenten begünstigt. Wir bedanken uns für die inspirierenden Eindrücke und die zielorientierte Zeitgestaltung. Über den QR-Code kommst du zu unserem Ergebnis. Viel Spaß beim Reinhören!

Ein Ausblick auf die kommenden Aktionen des Jungen VBE rundete das Programm ab. Du möchtest in die Arbeit des Jungen VBE reinschnuppern, aktiv mitarbeiten, die Bildungslandschaft positiv zu beeinflussen und Studierende, Referendare und Junglehrkräfte zu unterstützen? Schreibe uns über Instagram @junger_vbe_bw oder mit einer Email an annika.jung@vbe-bw.de.

Eva Strittmatter, Leitung Junger VBE

Hier geht's zum akustischen Endergebnis



Frauen im VBE

Paraphrasieren + Argumentieren = Kommunizieren

Täglich kommunizieren wir in Familie, Schule und Ehrenamt. Das ist mal mehr, mal weniger kontrovers und mal mehr, mal weniger sachlich und schließlich mal mehr, mal weniger erfolgreich. Doch wann denken wir schon mal bewusst darüber nach, wie genau, warum und mit welcher Wirkung wir kommunizieren?

Im Rahmen der VBE Frauen Gewerkschafts-akademie nahmen wir am Modul „Erfolgreich kommunizieren“ in Fulda teil. An drei intensiven Tagen mit viel Theorie und noch mehr Praxis standen die verschiedensten Teilbereiche von Kommunikation im Fokus der Veranstaltung. Unsere Referentin Constanze von Poser vermittelte uns die Grundlagen verschiedener Kommunikationsmodelle und Kommunikationstechniken. Insbesondere das bewusste Einordnen von Sachverhalten in die Sach- und Beziehungsebene sowie das Verhältnis der



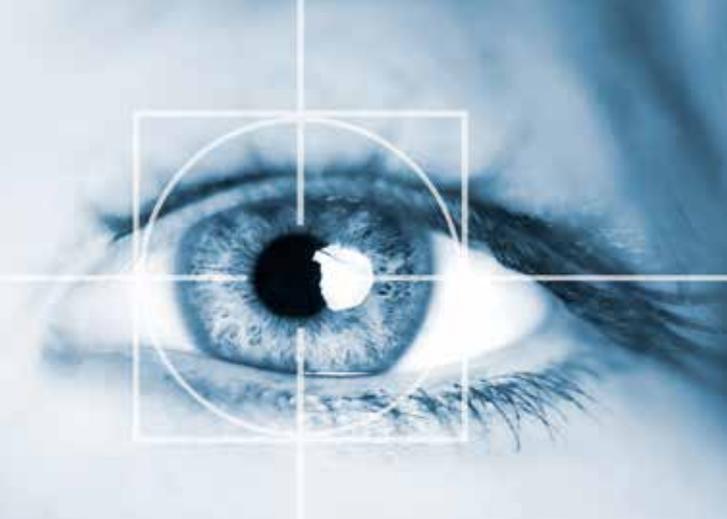
VBE Frauen mit der Referentin Constanze von Poser (hintere Reihe, Bildmitte) in Fulda.
Foto: Tanja Küsgens

beiden Ebenen in unterschiedlichen Gesprächssituationen hat uns beeindruckt. Gleiches gilt für das Verhältnis verbaler und nonverbaler Kommunikation und dem Effekt der zu übermittelnden Informationen und Befindlichkeiten. Auch die strukturierte und lösungsorientierte Gesprächsvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung sind für uns in den verschiedensten Kontexten von Bedeutung.

Wir erhielten bei den Übungen individuelles Feedback und konnten schon beim Seminar selbst einzelne Inhalte anwenden. Dieses Modul der VBE Frauen Gewerkschafts-akademie hat definitiv seine Berechtigung und

sollte immer wieder angeboten werden. Zudem sollte die Möglichkeit eines Aufbau-moduls in Erwägung gezogen werden. Kommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Alltags: in Schulen als Lehrkraft oder in einer Führungsposition, in diversen Konferenzen, in Gesprächen mit Schülerinnen und Schüler sowie Eltern, in Personalräten, als Gleichstellungsbeauftragte, in gewerkschaftlichen Gremien, in Familie und Freundeskreis. Umso wichtiger ist es, dass wir uns aktiv mit Kommunikationstechniken auseinandersetzen und die dbb akademie die Möglichkeit bietet, dies auch zu tun.

Maria Stöckel, stellv. Bundessprecherin der Frauen im VBE



Referat Kindertageseinrichtungen

IM INTERVIEW ...

... mit Simon Rödiger, Erzieher Teil 2

Walter Beyer: Wie wirken sich die vergleichsweise niedrigen Gehälter in der Kinderbetreuung auf den Fachkräftemangel aus und welche Maßnahmen könnten ergriffen werden, um diese Herausforderung anzugehen?

Simon Rödiger: Zunächst möchte ich ausdrücklich betonen, dass nicht allein die Bezahlung ausschlaggebend für Zufriedenheit ist und dass der Fachkräftemangel nicht allein durch höhere Gehälter behoben werden kann. Wie jedoch zuvor bereits erwähnt, hat Geld in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert und lockt insbesondere junge Menschen zu einer Berufswahl. Daher ist es wichtig zu betonen, dass eine angemessene Bezahlung dazu beitragen würde, dass mehr Menschen sich dazu entscheiden würden, in das Sozialwesen einzusteigen. Das Verhältnis zwischen Arbeitsbelastung, Anforderungen und Bezahlung ist für viele in der Kinderbetreuung nicht angemessen. Es handelt sich hierbei jedoch um ein gesellschaftliches Problem, da Materialismus oft einen höheren Stellenwert einnimmt als Menschlichkeit und die Anerkennung pädagogischer Berufe. Daher fließt das Geld tendenziell mehr in die Wirtschaft als in den Gesundheits- und Sozialbereich.

Zusätzlich ist es mein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass das Niveau der pädagogischen Arbeit kontinuierlich ansteigt und in gewisser Weise mit der Tätigkeit von Lehrkräften, insbesondere Grundschullehrkräften, vergleichbar ist. In Anbetracht dieser Entwicklung halte ich den deutlichen Unterschied in der Entlohnung nicht für gerechtfertigt. Daher erscheint es für mich

angebracht, dass die Arbeit der Erzieher angemessen honoriert wird und Zusatzqualifikationen im Gehaltsgefüge eine größere Rolle spielen müssen.

Susanne Sargk: Welche Möglichkeiten sehen Sie, um mehr Männer für Berufe in der Kinderbetreuung zu gewinnen und wie könnte dies den Fachkräftemangel beeinflussen?

Simon Rödiger: Eine Möglichkeit, mehr Männer für Berufe in der Kinderbetreuung zu gewinnen, liegt zunächst darin, die gesellschaftliche Wahrnehmung zu verändern. Viele Männer zögern möglicherweise, sich für einen Beruf in einem traditionell als Frauenberuf angesehenen Bereich zu entscheiden. Stereotypen und Vorurteile darüber, was als „typisch männlich“ angesehen wird, können dazu führen, dass Männer sich unwohl fühlen, sich für diesen Beruf zu entscheiden.

Darüber hinaus müssen Vorurteile und falsche Annahmen über Männer in der Kinderbetreuung aktiv bekämpft werden. Oftmals werden Männer in diesem Bereich mit Skepsis betrachtet und mit Vorurteilen konfrontiert. Diese Vorurteile sind jedoch völlig unangebracht und tragen dazu bei, dass der Beruf Erzieher nach wie vor frauendominiert ist. Es ist wichtig, Männer zu ermutigen, ihre Leidenschaft für die Arbeit mit Kindern zu verfolgen, und ihre Beiträge und Fähigkeiten in diesem Bereich anzuerkennen. Männer können genauso viel Freude und Erfüllung in der Arbeit mit Kindern finden wie Frauen und haben einen wertvollen Beitrag zur Kinderbetreuung zu leisten.

Mal ganz abgesehen davon, wie wichtig für Kinder auch männliche Bezugspersonen sind, vor allem für Jungen als männliches Rollenvorbild.

Ein weiterer Faktor, der die Zurückhaltung von Männern bei der Wahl des Berufs des Erziehers beeinflusst, sind gesellschaftliche Erwartungen. Die traditionelle Vorstellung, dass der Mann das Geld für die Familie verdienen sollte, erschwert es vielen Männern, sich für den Beruf des Erziehers zu entscheiden. Es ist wichtig, diese Erwartungen zu hinterfragen und zu erkennen, dass Männer genauso in der Lage sind, für die Kinderbetreuung zu sorgen, und dass ihre Arbeit genauso wertvoll ist wie die anderen Berufe. Indem wir die Vielfalt der Geschlechter in diesem Berufsfeld fördern und Männer ermutigen, sich für diesen Bereich zu engagieren, könnten wir langfristig den Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung verringern. Ich persönlich hatte in meinen bisher 8 Jahren Erziehtätigkeit viel Spaß und Erfüllung, auch wenn ich weiß, dass ich bald als Sozialarbeiter tätig sein werde.

Walter Beyer: Wie kam es dazu, dass Sie nun nach 8 Jahren Tätigkeit als Erzieher sich für ein Abendstudium „Soziale Arbeit“ entschieden haben und den Beruf des Erziehers verlassen möchten?

Simon Rödiger: Es ist ein Thema, das mich selbst betrifft und frustriert. Das Wichtigste was man tun kann, ist sich eben zu wehren oder Themen öffentlich wie mit diesem Interview anzusprechen, damit es an Reichweite gewinnt. Auch wenn ich den Beruf des Erziehers verlassen werde, ist und bleibt er wichtig für mich. Nach 8 Jahren in



Simon Rödiger ist seit Mai 2022 Mitglied im VBE. Er wohnt in Backnang und arbeitet aktuell in Steinheim a. d. Murr in einem Kindergarten in Teilzeit und in einer Beratungsstelle für Suchtkranke als Sozialarbeiter in Teilzeit

Für viele Menschen, besonders für Eltern, sind flexible Arbeitszeiten ein Segen. Sie erlauben es, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Das zieht Menschen an, die vielleicht nicht in der Lage wären, in Vollzeit zu arbeiten, aber dennoch ihr Fachwissen und ihre Fähigkeiten in die Kinderbetreuung einbringen möchten. Diese Flexibilität hilft uns auch, auf unvorhergesehene Situationen zu reagieren. Wenn es plötzlich mehr Kinder gibt, die betreut werden müssen, können wir unsere Mitarbeiterstunden anpassen, um sicherzustellen, dass jedes Kind die Aufmerksamkeit erhält, die es verdient.

Und das Beste ist, dass flexible Arbeitszeiten dazu beitragen, dass sich unsere Mitarbeiter geschätzt fühlen und gerne hier arbeiten. Sie wissen, dass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden und dass sie in einer Umgebung arbeiten, die ihre persönlichen Lebensumstände respektiert.

Insgesamt ermöglichen flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitmöglichkeiten uns nicht nur, ein starkes und diverses Team aufzubauen, sondern auch, uns als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Das ist besonders wichtig in Zeiten, in denen qualifizierte Fachkräfte schwer zu finden sind.

Susanne Sargk: Wie können bestehende Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen

der Erziehungsarbeit habe ich mich dazu entschieden, ein Abendstudium in „Sozialer Arbeit“ zu beginnen und den Beruf des Erziehers zu verlassen. Während meiner Zeit als Erzieher bin ich oft an meine Grenzen gestoßen, insbesondere bei der Arbeit mit Kindern mit auffälligem Verhalten. Trotzdem wollte ich diesen Kindern helfen und ihre Situation verbessern. Ich habe jedoch auch gemerkt, dass gerade die Menschen, die Hilfe benötigen, oft zu den Verlierern unserer Gesellschaft gehören. Zwei spezifische Erfahrungen haben mich dazu motiviert, mich weiterzuentwickeln und meine Fähigkeiten zu erweitern, um Menschen in schwierigen Lebenslagen besser unterstützen zu können. Ich habe mich für das Studium der Sozialen Arbeit entschieden, um die Würde der Menschen noch besser zu achten und ihnen effektiver helfen zu können. Ich möchte meinen Teil dazu beitragen, etwas Positives in der Gesellschaft zu bewirken und für diejenigen da zu sein, die sich selbst nicht alleine helfen können oder abgestempelt sind. Ich möchte Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützen und sehe eine Chance, etwas Positives zu bewirken und für diejenigen da zu sein, die oft übersehen werden.

Susanne Sargk: Welche Unterstützung könnten Kommunen oder Träger bieten, um Kindertageseinrichtungen bei der Bewältigung des Fachkräftemangels zu unterstützen?

Simon Rödiger: Um Kindertageseinrichtungen im Umgang mit dem Fachkräftemangel zu unterstützen, könnten Kommunen oder Träger verschiedene Maßnahmen ergreifen.

Eine Möglichkeit besteht darin, flexiblere Arbeitszeitmodelle einzuführen, um den Bedürfnissen der Beschäftigten entgegenzukommen. Dies könnte beispielsweise die Einführung von Teilzeit- oder Gleitzeitmodellen umfassen. Obwohl ich persönlich kein großer Fan davon bin, wird deutlich, dass viele Beschäftigte sich diese Möglichkeit wünschen.

Des Weiteren könnten Kommunen oder Träger spezielle Angebote bereitstellen, um das Arbeitsumfeld attraktiver zu gestalten. Ein Beispiel hierfür sind Vergünstigungen für lokale Angebote im Kreis. Meine Kommune bietet bereits solche Anreize an, wie beispielsweise einen Rabatt von 50% auf die Saisonkarte des örtlichen Freibads, was ich persönlich gut finde. Solche Maßnahmen können dazu beitragen, das Arbeitsumfeld in Kindertageseinrichtungen zu verbessern und die Attraktivität der Beschäftigung in diesem Bereich zu steigern.

Walter Beyer: Welche Rolle spielen flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitmöglichkeiten bei der Rekrutierung und Bindung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen?

Simon Rödiger: Flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitmöglichkeiten sind für Kindertageseinrichtungen nicht nur wichtig, sondern wirklich entscheidend. Sie ermöglichen es uns, ein Team von Fachkräften zusammenzustellen, das nicht nur fachlich kompetent ist, sondern auch verschiedene Lebensstile und Bedürfnisse repräsentiert. Das schafft eine Atmosphäre der Vielfalt und Unterstützung, von der sowohl Mitarbeiter als auch Kinder profitieren.

Referat Kindertageseinrichtungen

unterstützt und entlastet werden, um den Arbeitsdruck zu reduzieren und den Fachkräftemangel zu mildern?

Simon Rödiger: Es ist wichtig, dass wir Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen unterstützen und entlasten, um den Arbeitsdruck zu reduzieren und den Fachkräftemangel zu mildern. Dazu gehört es, die Personalschlüssel an die tatsächliche Anzahl der Kinder anzupassen oder umgekehrt, um sicherzustellen, dass wir die bestmögliche Betreuung bieten können. Allerdings müssen wir auch bedenken, dass solche Maßnahmen zu weniger Kitaplätzen führen könnten, die bereits jetzt schon knapp sind und ein weiteres Problem schaffen würde. Ich habe selbst Erfahrungen damit gemacht, wie herausfordernd es sein kann, im Ganztagesbereich zu arbeiten, wenn die personellen Ressourcen nicht ausreichen. Oft wird der Personalschlüssel auf dem Papier des Trägers berechnet, ohne zu berücksichtigen, wie viel Personal tatsächlich vor Ort ist. Das bedeutet, dass Kollegen langfristig ausfallen können, aber dennoch im Personalschlüssel enthalten sind, was zu einer Überlastung der verbleibenden Fachkräfte führt.

Deshalb glaube ich, dass es neben der reinen Anpassung der Personalschlüssel weitere Maßnahmen braucht, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir könnten beispielsweise die Öffnungszeiten anpassen, um den Bedarf besser abzudecken, und flexiblere Arbeitsmodelle einführen. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam Lösungen finden, um die Situation zu verbessern und sicherzustellen, dass wir die bestmögliche Betreuung für die Kinder bieten können.

Walter Beyer: Welche Erfahrungen haben Sie persönlich oder Ihre Organisation mit

dem Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen gemacht und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus für die Zukunft?

Simon Rödiger: Wir erleben eine ständige Unterbesetzung, die durch krankheitsbedingte Ausfälle aufgrund von Überlastung am Arbeitsplatz noch verstärkt wird. Dies führt zu einem Teufelskreis, in dem die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hamsterrad gefangen sind. Der permanente Stress und die Unmöglichkeit, den Anforderungen der Pädagogik gerecht zu werden, sind spürbar und frustrierend.

Ein weiterer problematischer Punkt ist die Verkürzung der Öffnungszeiten, was bei den Eltern auf Dauer zu Frustration führt. Die kontinuierlichen Ausfälle von Angeboten wie Kochtagen, Turntagen oder Erlebnistagen verstärken die Unzufriedenheit, sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den Eltern. Die persönliche Frustration wächst, da man nicht in der Lage ist, so zu arbeiten, wie man es gerne möchte. Oftmals ist man gezwungen, an anderen Stellen auszuhelfen oder Überstunden anzuhäufen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Am schlimmsten jedoch finde ich, dass vor allem die Kinder unter dieser Situation leiden. Woche für Woche müssen wir ihnen aufgrund von Personalmangel Dinge absagen oder verbieten, die zu ihrem ganzheitlichen Wachstum und ihrer Entwicklung beitragen würden. Es geht hier nicht nur um fehlende Turntage oder Kochaktivitäten, sondern auch um individuelle Betreuung, Unterstützung bei Problemen und die Erfüllung ihrer emotionalen Bedürfnisse. Kinder brauchen eine liebevolle und aufmerksame Umgebung, um sich optimal entwickeln zu können. Wenn wir aufgrund von Unterbesetzung oder Überlastung nicht in der Lage

sind, diese Umgebung bereitzustellen, wird den Kindern ein wichtiger Teil ihrer Kindheit und ihres Lernens vorenthalten. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern auch besorgniserregend für ihre Zukunft.

Diese Erfahrungen zeigen deutlich, dass der Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen dringend angegangen werden muss. Es bedarf einer umfassenden Lösungsstrategie, die sowohl kurzfristige Maßnahmen zur Entlastung der Mitarbeiter als auch langfristige Strategien zur Sicherung ausreichender Fachkräfte umfasst. Dazu könnten beispielsweise verbesserte Arbeitsbedingungen, attraktivere Gehälter und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehören. Zudem ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Politik und der Arbeitswelt erforderlich, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften langfristig zu decken und die Qualität der frühkindlichen Bildung zu sichern.

Susanne Sargk: Vielen Dank für das Gespräch Herr Rödiger!



Susanne Sargk
Leitung Landesreferat
Kindertages-
einrichtungen im VBE
Baden-Württemberg



Walter Beyer
Stellvertretender VBE
Landesvorsitzender

VBE

Wir setzen uns für Sie ein!

Was belastet derzeit im SBBZ-Bereich besonders?

Der VBE hat im Frühjahr in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren eine Umfrage erstellt. Wir möchten heute auf vielfachen Wunsch den Fokus noch genauer auf Ihre Antworten, vor allem auch auf die mehrfachgenannten freien Antwortmöglichkeiten legen. Bei der Vielzahl der Rückmeldungen kann dies allerdings nur ein Einblick sein, wir bitten Sie dafür um Ihr Verständnis.

Die Frage: „Was belastet und beschäftigt Sie als Lehrkraft im SBBZ-Bereich besonders?“ soll hier genauer betrachtet werden. Die beiden häufigsten angekreuzten vorgegebenen Antworten waren: „Die zunehmende Anzahl von Schüler und Schülerinnen im Autismus-Spektrum oder/und mit psychischen oder chronischen Erkrankungen“ und „Mehrarbeit und Vertretung“. Bei den freien Angaben geht es ins Detail:

„Wir sind Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter, Therapeuten, Beratungsstelle, Manager ... Alles in einer Person. Es ist zu vielschichtig. Für die eigentliche Aufgabe hat man kaum Zeit, man macht irgendwie alles aber meist nicht gut genug!“

„Teils große Sprachbarrieren, zunehmend aggressive Schüler und Eltern.“

„Keine Möglichkeit der Doppelbesetzung, obwohl die Schüler immer schwieriger und

herausfordernder werden. Keine Möglichkeiten von Differenzierungsräumen.“

„Absolute Mehrbelastung durch den Lehrermangel, sehr hoher Krankenstand der Lehrkräfte;“

„Immer mehr Arbeit ohne Entlastungsstunden;“

„Einarbeitung neuer Kollegen (z. B. Quereinsteiger)“

„Zunehmende Verwaltungsarbeit und Bürokratie“

„Große Anzahl an Gutachten/SPÜ die zu schreiben sind“

„Mangel an qualifiziertem Personal“

„Durch das Einstellen von unausgebildeten Quereinsteigern oder Krankheitsvertretungen, welche dann im Stammhaus eingesetzt werden, entwickelt sich am SBBZ Lernen ein immer größerer Anteil an sozial-emotionalem Förderbereich und dieser kann kaum mit einzelnen Stunden der ausgebildeten Sonderpädagogen aufgefangen werden. Diese können aber keine Klassenleitung übernehmen (obwohl dies die Probleme in diesem Bereich minimieren würden und den Kids besonders in ihrer Entwicklung helfen würde), denn die Sonderpädagogen müssen die Auf-

gaben außer Haus bewältigen (IN, Beratung, Frühförderung, Gutachten schreiben ...).“

„Fehlende Wertschätzung“

Vielen Dank, für Ihre individuelle Rückmeldung über das freie Textfeld und Ihre Zeit die Sie dafür investiert haben. Mithilfe Ihrer Antworten können wir unseren Fokus noch mehr auf Ihre Themen lenken und uns für die Verbesserung der notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen.



Anja Bartenschlager
Leitung Landesreferat
SBBZ und Inklusion
im VBE Baden-
Württemberg



Barbara Timm
Leitung Referat
SBBZ und Inklusion
im VBE Landesbezirk
Südbaden



Matthias Klug
Leitung Referat
SBBZ und Inklusion
im VBE Landesbezirk
Nordbaden



Verband Bildung und Erziehung:
Ihr gewerkschaftlicher
Partner mit Weitblick

VBE-Seniorensprecher-Jahresarbeitstagung in Östringen/Nordbaden

Ein umfassendes Arbeits- und Informationsprogramm erwartete uns Seniorensprecherinnen und Seniorensprecher aus den Kreisverbänden, Landesbezirken und dem Landesverband. Mit dem Austausch der konkreten Seniorenarbeit vor Ort in den Kreisverbänden und in der Region begann der erste Schwerpunkt unserer gemeinsamen Tagung. Die Vorstellung und Gestaltung verschiedener Aktivitäten in den Kreisverbänden sollte eine Ideenbörse für die Seniorenbetreuung sein, die je nach Situation im KV zu neuen Initiativen führen kann, aber auch die bisherige Arbeit bestätigt.

Den zweiten Schwerpunkt setzte das Referat von Ekkehard Gabriel mit der daran anschließenden Gruppenarbeit anhand von Fallbeispielen zum Thema „Möglichkeiten der Versetzung in den Ruhestand“. Hier war das Ziel, alle VBE-Seniorensprecher/-innen so zu informieren, dass sie die Beratung zu Fragen des Eintritts in den Ruhestand in den Kreisverbänden federführend übernehmen können.

Helmut Landbeck, Referent der Deutschen Beamtenversicherung (DBV) informierte über die zum Januar 2025 per Gesetz festgelegte elektronische Patientenakte (EPA). Hier gibt es noch viele Fragen zur Sicherheit der Patientenakten und Unsicherheiten bei der Umsetzung des Projekt.

Mit dem dritten Schwerpunkt, dem Besuch der KLIMA ARENA in Sinsheim gaben wir dem Thema Klimaschutz Raum, der Alte und Junge gleichermaßen betrifft. Die Klima Arena ist ein Ort intensiver Auseinandersetzung mit uns, unserer Gegenwart und vor allem unserer Zukunft. Digitale Technologien machen eine neuartige, umfassende Wissensvermittlung möglich. Mit ihren interaktiven, partizipativen und erzählerischen Elementen wird sie zu einem Diskussions- und Erlebnisraum, in dem Klimaschutz und Nachhaltigkeit als zentrale gesellschaftliche Themen erörtert werden. Gerne empfehlen wir den Besuch der von Dietmar Hopp gegründeten



Bild oben: die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Bild unten: Arbeitssitzung

und gesponserten KLIMA ARENA weiter – gerade auch mit Schulklassen.

Den zweiten Arbeitstag eröffnete unser Landesvorsitzender Gerhard Brand mit einem umfangreichen Bericht zur aktuellen Bildungs- und Schulpolitik in Baden-Württemberg mit allen den Problemen, die die Schulen derzeit betreffen und belasten. Dabei wurde uns, die wir teilweise 10 und mehr Jahre die Freiheit des Ruhestands erleben dürfen, bewusst, dass das Unterrichten in unseren Schulen alles andere als leichter geworden ist. Dass Gerhard Brand als Landesvorsitzender das Boot VBE in diesen stürmischen Zeiten mit ruhiger Hand und unterstützt von engagierten Vorstandsmitgliedern führt, quittierten die Seniorensprecher/-innen mit kräftigem Applaus am Ende seiner Ausführungen. Seniorennaher gesundheitspezifische und

medizinische Themen bestimmten den weiteren Vormittag. So führte uns Frau Dr. Elisabeth Göhrich, ehemalige Leiterin einer Tagesklinik für Allgemeinpsychiatrie, in das breit gefächerte, vielseitige Krankheitsbild der Demenz ein.

Frau Dr. Sarah Elisabeth Hoernicke vom Staatlichen Gesundheitsamt Karlsruhe gab in einem weiteren Vortrag Krankheiten ein Gesicht, die insbesondere für Ältere Gesundheitsrisiken bergen und informierte über Infektionskrankheiten gegen die in heutiger Zeit ein guter Impfschutz angeboten wird. Da die diesjährige Seniorensprecher-Tagung in Nordbaden stattfand, hatte sich Toni Weber bereit erklärt, die Organisation der Tagung zu übernehmen. Dafür sei ihm herzlich gedankt.

Ekkehard Gabriel
VBE-Landesseniorensprecher

Ein Neustart für die Bildung?!

Bildungsinitiative erarbeitet Prozess eines „Bildungsdialogs für Deutschland“ – VBE dabei

Das Neue und Andere birgt zwar eine große Faszination, kann aber selten die Verheißungen einlösen. Diese pragmatische Einsicht führt zu einer Lösungsorientierung, wie sie in der Größenordnung selten zuvor anzutreffen war. Der von über 130 Institutionen unterschriebene Appell für einen Bildungsgipfel des Bündnisses #NeustartBildungJetzt wurde von einer Arbeitsgruppe aus 30 Organisationen, unter denen auch der Verband Bildung und Erziehung vertreten war, klein gearbeitet. Leitfragen waren – zusammen mit dem Fokus auf Umsetzbarkeit und maximale Veränderungsmöglichkeit:

- Wer soll wie mit wem kooperieren?
- Wer soll durch wen beraten werden?
- Und wie erreichen wir eine höhere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure?

Neustart Bildung Jetzt

Schnell wurde deutlich, dass es zwar wünschenswert wäre, wenn sich der Bundeskanzler Olaf Scholz oder auch der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Bildungsthemen befassen. Aber um einen kooperativen Prozess aufzusetzen, der bestehende Verantwortlichkeiten achtet, braucht es andere Akteure.

Übrigens: Der VBE bekennt sich klar zum Föderalismus, „da gerade im Vergleich zu einem zentralistischen Bildungssystem besser gewährleistet werden kann, schneller und flexibler auf Veränderungen zu reagieren“, Mitbestimmung zu sichern und durch die Nähe zu politischen Prozessen leichter Einfluss auf Entscheidungen genommen werden kann, um den Bedürfnissen vor Ort gerecht zu werden. Dabei ist durch die Kultusministerkonferenz (KMK) Vergleichbarkeit durch Standards und Rahmensetzung sicherzustellen. Und nicht zuletzt braucht die föderale Aufgabenteilung ein angemessenes Budget. Können Aufgaben nationaler Relevanz nicht ausreichend finanziert werden, muss bedarfsgerecht nachgesteuert werden – auch durch Investitionen des Bundes. Dies gebietet schon der im Grundgesetz verbriefte Anspruch auf Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Die Position unseres Bundesverbandes können Sie auf unserer Website nachlesen:

<https://www.vbe.de/positionen/bildungsfinanzierung/foederalismus>

Die verantwortlichen Akteure finden sich vor allem in den Fachministerien, allerdings nicht nur im Bildungsministerium, sondern in verschiedenen Ressorts. Im verabschiedeten Papier wird deutlich, dass es notwendig ist, „jetzt über alle Ebenen und Ressorts hinweg zusammen zu handeln. Denn Lösungen für die drängenden Fragen, wie wir Bildung nachhaltig auf sichere, zukunftsfeste Füße stellen, gelingen nur gemeinsam. Ein solches Format gibt es bisher nicht.“ So kommt der Bildungsdialog für Deutschland zustande.

Mit dem Vorschlag sendet die Zivilgesellschaft ein konstruktives Signal: Wir sind bereit, unseren Beitrag für die Zukunft unseres Bildungssystems zu leisten. Das ist bemerkenswert, denn beteiligt waren viele Organisationen, die sonst ungern gemeinsam am Tisch sitzen würden. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, bemerkt: „Trotz aller inhaltlichen Differenzen, die an anderer Stelle bestehen, ist es gelungen, die unterschiedlichen Bedürfnisse zu einen und abzubilden. Die Zivilgesellschaft hat gezeigt, dass sie bereit ist, konstruktiv miteinander zu arbeiten. Jetzt ist es an der Politik, ein ebenso positives Zeichen eines lösungsorientierten Miteinanders zu setzen.“ Erfreulich: Genau dieses Zeichen kam von der KMK. Die Präsidentin Christine Streichert-Clivot sagte: „Wir sehen im Bildungsdialog ein konstruktives Gesprächsformat. Aktuell stehen wir am Anfang, wo es darum geht, den Rahmen für ein ergebnisorientiertes Gespräch auszuloten. In einem ersten Schritt wird es nun darum gehen, unter den Beteiligten beispielhaft ein Thema zu verabreden, um einen solchen Bildungsdialog anzustoßen.“

Erste Pressestimmen zeigen sich ambivalent. Das Bündnis wird gelobt aufgrund der Größe und konstruktiven Zusammenarbeit. Und obwohl allen Beteiligten klar ist, dass etwas Ähnliches mit einer thematischen Schwerpunktsetzung nicht hätte entstehen können, wird trotzdem beklagt, dass der Prozessvorschlag alleinstehend nicht genug Bindekraft hat. Nicht zuletzt wird zwar bemerkt, dass die positive Resonanz der KMK nicht zu erwarten gewesen sein und durchaus als Erfolg verbucht werden kann – aber ohne konkrete Handlungsperspektive auch nur als Beschwichtigung dient. Die Zukunft wird zeigen, ob der Impuls zu einer Kettenreaktion führt.

VBE unterstützt #IchStehAuf

In Zeiten zunehmender Polarisierung und einer politischen Debattenkultur, die immer stärker von Lautstärke und kalkuliertem Tabubruch statt von Argumenten geprägt wird, ist es Zeit, aufzustehen. Die Robert Bosch Stiftung hat deshalb gemeinsam mit der Heidehof Stiftung und den Medienpartnern DIE ZEIT und ARD die Aktion „Ich steh auf“ ins Leben gerufen.

Am 6. Juni 2024 werden in ganz Deutschland Menschen aufstehen und sich stark machen für Demokratie und Vielfalt.

Auch der Verband Bildung und Erziehung unterstützt diese Aktion. Dessen Bundesvorsitzender, Gerhard Brand, begründet: „Wir engagieren uns für die Initiative, weil wir in Zeiten von Polarisierung und Fake News für Demokratie und Werte eintreten müssen. Das Zeichen, das mit #IchStehAuf gesetzt werden soll, motiviert alle Schulbeteiligten gleichermaßen. Gerade im Europawahljahr und im Eindruck nahender Landtagswahlen ist diese Initiative ein wichtiges Signal.“

#ICH STEHAUF

Wir engagieren uns für die Initiative, weil wir in Zeiten von Polarisierung und Fake News für Demokratie und Werte eintreten müssen.

Gerhard Brand
Vorsitzender Verband Bildung und Erziehung (VBE)

#ICH STEHAUF



Ohne gestern kein heute und morgen – Jubiläumspodcast „WeitBlickWinkel“



Im Gespräch mit Uwe Franke

Runde Geburtstage laden nicht nur dazu ein, Resümee zu ziehen, sie fordern einen förmlich dazu auf. Die Frage nach den eigenen Wurzeln und entscheidenden Entwicklungslinien – quasi der eigenen DNA – bietet auch für einen Verband wie den unseren wertvolle Erkenntnisse für alle Ebenen, vom Bundesvorsitzenden bis hin zu jedem einzelnen Mitglied. Erfolge in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung können nochmals erlebt und gewürdigt werden, Misserfolge bieten uns die Möglichkeit, beim nächsten Mal besser vorbereitet zu sein und nicht zuletzt wird in der Gesamtschau deutlich, wo wir heute stehen – und morgen hinwollen.

Der Video-Podcast „WeitBlickWinkel“ lädt Sie ein, dies gemeinsam mit uns zu tun. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern im VBE, aber auch gemeinsam mit Persönlichkeiten, die die Entwicklung des VBE entscheidend mitgeprägt haben. In der ersten Folge „Wie alles begann? Gemeinsamer Neustart auf Bundesebene“ sprachen wir mit Uwe Franke, ehemaliger Landesvorsitzender des VBE NRW und über viele Jahre in verschiedenen Positionen auf Bundesebene aktiv, über den gemeinsamen Neustart von VBE, BLLV und DLB auf Bundesebene.

- Wie kam es zu diesem Zusammenschluss dreier durchaus unterschiedlicher Lehrkräftevertretungen?
- Wie konnten diese heterogene Interessenlage zu einem gemeinsamen VBE zusammengeschweißt werden?
- Welche Rolle spielten die beiden ersten Bundesvorsitzenden Egbert Jancke und Wilhelm Ebert?

Letzterer wird uns auch in der zweiten Folge begegnen, wenn wir uns gemeinsam mit Hjalmar Brandt damit beschäftigen, wie die Interessenvertretung im geteilten Deutschland funktionierte und warum es fast dazu kam, dass das Bundesbildungsministerium abgeschafft worden wäre.

Wer neugierig geworden ist, kann die erste Folge „WeitBlickWinkel“ über den QR-Code anschauen. Die Veröffentlichung der zweiten Folge „Hjalmar Brandt – Lehrkräftevertretung in einem geteilten Land“ ist für Mitte Juni geplant.



Verlässlich, beständig oder wandelbar?

Uwe Franke

„Eigentlich ein bisschen von allem. Wandelbar muss man in einem öffentlichen Schulsystem immer sein. Verlässlich im Bekenntnis zur Demokratie und zu den Menschenrechten.“

Alle Kinder und Jugendliche, die bei uns sind, haben das Recht auf Bildung.

Beständig braucht es eine stärkere Koordination der Interessen aller im VBE vertretenen Schulformen und Lehrämter.“

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Pause! - Filmgenuss mit dem VBE

Auftaktveranstaltung der Kinoreihe gelungen

Der Landesbezirk Nordbaden hat eine neue Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, um den Kolleginnen und Kollegen eine Auszeit vom stressigen Schulalltag zu gönnen: Eine Auszeit im Kino.

Franziska Gramlich, stellvertretende Landesbezirksvorsitzende, begrüßte die Kolleginnen und Kollegen, die zur Auftaktveranstaltung der Kinofilmreihe in die Gloriette in Heidelberg kamen. Gezeigt wurde der Film „MONTESSORI“ von Léa Todorov, ein Sozialdrama, das die Rolle der Frau Anfang des 20. Jahrhunderts in erschreckender Intensität zeigt.

Bei eisigen Temperaturen genossen alle Besucherinnen und Besucher das frische warme Popcorn und die Atmosphäre des kleinen Programmkinos in der Heidelberger Altstadt und ließen die bedrückenden Bilder des Films auf sich wirken.



Wir bedanken uns herzlich bei Jutta Freimuth von der Gloriette für die unkomplizierte Zusammenarbeit und freuen uns auf den nächsten Film im September 2024!

Der VBE Nordbaden lädt zu einer Sondervorstellung des Films „Favoriten“ ein

**Sonntag 22.09.2024 um 11:00 Uhr
im Gloriette in Heidelberg**

**Anmeldung bitte bis 16.09.2024 bei:
franziska.gramlich@vbe-bw.de
Eintritt + Portion Popcorn für VBE-Mitglieder
und eine Begleitperson frei.**

Über drei Jahre hat Ruth Beckermann für ihren Dokumentarfilm eine Wiener Grundschulklasse begleitet, in der kein einziges Kind Deutsch als Muttersprache spricht. Eine Lektion über den Wert von Sprache, Perspektiven und gutem Lehrpersonal. Favoriten, das ist ein Bezirk im Süden Wiens, der aufgrund seiner hohen ethnischen Durchmischung medial häufig als „Problembezirk“ herhalten muss. Dort begleitete Beckermann an einer Volksschule von Herbst 2020 bis 2022 eine Klasse vom zweiten bis zum vierten Jahrgang, bis zur bevorstehenden Aufteilung auf die weiterführenden Schulformen also. Die Schülerinnen und Schüler stammen aus Syrien und der Ukraine, Mazedonien oder der Türkei, niemand spricht Deutsch als Muttersprache, aber abgesehen davon ist das Klassenzimmer Bühne der üblichen kindlichen Dramen. Favoriten ist ein Füllhorn



mit Denkanstößen, von dem sich ein durchschnittliches Kino-Publikum ebenso inspirieren lassen sollte wie die Politik. Und jede Menge Spaß macht er dabei auch noch.

Interview zum Thema „schwimmen lernen“ mit Sandra Ritschmann

VBE-Südwürttemberg: Für wie wichtig hält der VBE, dass Kinder an Grundschulen schwimmen lernen? Warum?

Sandra Ritschmann: „Kinder werden oft magisch vom Wasser angezogen. Sie sind sich der Gefahr an Bächen, Flüssen, Seen und am Meer oftmals nicht bewusst. Für den VBE BW ist deshalb das Schwimmenlernen in der Grundschule zunächst einmal lebensrettend. Nebenbei ist es aber auch noch gesund, stärkt die Persönlichkeit und das Selbstbewusstsein, fördert die motorischen und koordinativen Fähigkeiten.“

VBE-Südwürttemberg: Wie schätzt der VBE die aktuelle Situation an den Grundschulen des Landes ein?

Sandra Ritschmann: „Die Zahl der Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer ist leider angestiegen. Laut einer vom Umfrageinstitut „Forsa“ durchgeführten Umfrage für die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) konnten rund 20 Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren 2022 nicht schwimmen. Letztendlich bedeutet dies, dass sich die Zahl der Nichtschwimmer im Grundschulalter in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat. Leider findet an einem Viertel der Grundschulen in Baden-Württemberg überhaupt kein Schwimmunterricht statt. Diese Problematik muss aus Sicht des VBE BW dringend angegangen werden.“

VBE-Südwürttemberg: Was ist verbesserungswürdig, und wie kann die Lage verbessert werden?

Sandra Ritschmann: „Die erschreckenden Zahlen sind zumindest teilweise auch eine Folge der Corona-Pandemie, da in diesem Zeitraum keine Schwimmkurse und kein Schwimmunterricht stattfinden konnten. Die hier entstandene Lücke schließt sich nun wieder. Darüber hinaus werden Schwimmbäder allerdings auch zunehmend aufgrund von Unrentabilität, Sanierungsstau oder Personalmangel geschlossen. In Stuttgart etwa musste ein aufwendig saniertes Hallenbad ein halbes Jahr nach seiner Neueröffnung aufgrund von Personalmangel nun erst mal wieder schließen. Das städtische Hallenbad fällt damit auch für den Schwimmunterricht der umliegenden Stadtteilschulen aus. Als Vorzeigeprojekt ist sicherlich Ulm zu nennen: Die DLRG unterstützt die Lehrkräfte beim Schulschwimmen, um Lehrkräfte zu entlasten. In kleineren Schwimmgruppen kann Schwimmen deutlich schneller und für alle Beteiligten auch stressfreier erlernt werden.“

VBE-Südwürttemberg: Hat der VBE Lösungsvorschläge für die Grundschulen im Land, an denen kein Schwimmunterricht angeboten wird/angeboten werden kann?



Sandra Ritschmann, Rektorin der Ludwig-Uhland-Schule Langenau, im Vorstand des KV Ulm/Alb-Donau

Sandra Ritschmann: „Als große, langfristige Lösung braucht es aus Sicht des VBE BW eine engere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel, ein Konzept hinsichtlich einer engmaschigen Bäderinfrastruktur zu erstellen. Kurzfristige Maßnahmen sieht der VBE BW in: Kooperationen mit den Schwimmvereinen vor Ort, der Sensibilisierung der Eltern bezüglich der Wichtigkeit des Schwimmenlernens in Schwimmkursen, und das in Kauf nehmen von Schwimffahrten in das nächstgelegene Schwimmbad.“

VBE-Südwürttemberg: Ist der VBE zu diesem Thema im Kontakt mit dem Kultusministerium? Wie sieht der Kontakt aus?

Sandra Ritschmann: „Wie zu vielen anderen Themen ist der VBE BW auch zum Thema Schwimmunterricht in der Grundschule im Austausch mit dem Kultusministerium. Bei unseren regelmäßigen Treffen setzen wir uns jeweils mit thematischen Schwerpunkten auseinander, tauschen Positionen aus und geben Hinweise hinsichtlich möglicher Lösungen von Problemen. Zusätzlich stellen wir in den Arbeitskreisen des Kultusministeriums unsere Standpunkte vor und bringen uns engagiert ein.“



Anja Bartenschlager
Vorsitzende
VBE Südwürttemberg



Alfred Vater
Stellv. Vorsitzender
VBE Südwürttemberg



Margit Malek
Geschäftsführerin
VBE Südwürttemberg.



Walter Beyer
Stellv. Vorsitzender
VBE Ba.-Wü



VBE-Reise 2024: Im Hof des Schlosses St. Emmeran stellte sich die Reisegruppe zum Erinnerungsfoto auf. Ganz links Josef Klein und davor seine Frau Gisela, die das Programm zusammenstellten. Bild: VBE Südbaden

VBE Südbaden auf großer Fahrt in Regensburg

Jährlich einmal begibt sich der VBE Südbaden auf große Fahrt. Diesmal fuhren die 24 Teilnehmenden per Zug nach Regensburg, um mehr über die Freie Reichsstadt und deren Geschichte zu erfahren. Während die Anreise relativ gut klappte, waren die weiteren Bahnfahrten doch ein Abenteuer für sich. Nach der Anreise und dem Einchecken im Münchner Hof folgte die erste Stadtführung des BLLV-Kollegen Stefan Würdinger, der mit Gespür die wichtigsten Punkte der Stadt ansteuerte und sein umfangreiches Wissen preisgab. Als der Wissensdurst für's erste gestillt war, galt es Leib und Magen zusammenzuhalten und so trank und speiste man im Bischofshof am Dom.

Der zweite Tag startete im Wohn- und Sterbehäus des Astronomen Johannes Kepler, wo man in Modellen und Filmen sein Weltbild verfolgen konnte. Danach besuchte die Gruppe das „Alte Rathaus“, in dem von 1663 bis 1806 der immerwährende Reichstag tagte. Unschuldiger klingt der Begriff der anschließend besuchten „Fragstatt“ im Untergeschoss, wo die zu Befragenden so lange gefoltert wurden, bis die gewünschte Antwort aus ihrem Munde kam. Also war man froh, dass der Nachmittag weniger schlimm ablief. Mit dem Schiffelein zur Walhalla, einer Ruhmesstätte für Berühmt-

heiten „teutscher Zunge“, legte man eine sportliche Übung ab: 358 Stufen waren zu erklimmen, bevor man den 1842 eröffneten, im Auftrag von König Ludwig I. erbauten „Tempel“ betreten durfte.

Schloss, Schatzkammer und Basilika St. Emmeran standen am dritten Tag auf dem Programm. Drei Stunden hielten sich die Besucher dort auf. Am Spätnachmittag, nach einer Zeit zur freien Verfügung, traf man sich „über“ der Steinernen Brücke, bei deren Bau nach einer Legende wohl der Teufel mit im Spiel war. Im Gegensatz zur Freien Reichsstadt, die heute noch schwarzrot-gold hisst, ist Stadtamhof (Stadt am Hof) heute der gegensätzliche größte, zu Bayern gehörende Stadtteil. Bis zur Eingemeindung war es eine eigene Kommune. Nicht nur die weiß-blauen Fahnen sind ein Symbol, sondern auch in anderen Bereichen versuchen die Bayern immer ein bisschen besser zu sein: Hat das Stadtwappen von Regensburg doch zwei Schlüssel, so müssen es in Stadtamhof schon deren drei sein. Eine Führung betonte die Gegensätzlichkeiten der evangelischen Reichsstadt und des katholischen Stadtteils.

Im sonntäglichen Pontifikalamt bewunderte man den Klang der Orgel, sowie den

Gesang der Regensburger Domspatzen, die die festliche Stimmung anreicherten. Danach machte sich die Reisegruppe auf zum Donaudurchbruch, die tiefste und engste Stelle der bayrischen Donau. Das Schiff lotete sie durch die steil aus dem Wasser aufragenden 80 Meter hohen Felsformationen, die am Kloster Weltenburg endeten. Nach einem Aufenthalt in Kirche und „Klostergarten“, wo man das älteste Klosterbier der Welt genießen konnte, ging es mit Hindernissen (DB) wieder zurück nach Regensburg.

Eine ausführliche Dombesichtigung war am Montagmorgen vorgesehen. Ein Blick vom Brückturm lohnte, um viele schöne Eckchen der Stadt einmal von oben zu begutachten. Manch einer meditierte an der vorbeifließenden Donau, andere besuchten das Dackelmuseum, wie man sieht, gab es einige Möglichkeiten der Erholung und Weiterbildung. Bevor sich die VBE-Reise dem Ende näherte, dankte Franz Wintermantel dem Organisator Josef Klein und seiner unterstützenden Frau Gisela für die Premium-Reise und die erlebnisreichen Tage. Eines der größten Erlebnisse begann aber erst: Die DB-Rückfahrt, die erst mit der dritten Variante klappte, weil eine Verspätung die andere jagte. jo-kl

Aus den Kreisverbänden

KV Albstadt

Der KV bestellt drei neue Beirätinnen und einen neuen Beirat

Der Kreisverband freut sich, vier engagierte Beiräte gewonnen zu haben. Andrea Wetzel ist zur Zeit der Bestellung Rektorin an der Göge Schule in Hohentengen. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen in Leitungsfunktionen wird sie Beirätin für Schulleitungen. Halina Hajduk ist ehemalige Leiterin eines Kindergartens und hat an der Berta Hummel-Schule in Bad Saulgau die Leitung der Grundschulförderklasse übernommen. Deshalb überträgt der Kreisverband gerne diesen Bereich an sie als ausgesprochene Fachfrau. Christoph Abt ist Leiter des Kreismedienzentrums im Zollernalbkreis mit Sitz in Albstadt-Tailfingen. Er ist Fortbildner und arbeitet darüber hinaus auch an der Schlossbergrealschule in Albstadt. Mit seinem Expertenwissen übernimmt er gern das Amt als Beirat für Digitalisierung und Datenschutz. Margit Malek beschäftigt sich bereits seit längerem mit Seniorenfragen und freut sich deshalb über die Aufgabe als Beirätin für Seniorinnen und Senioren. Der Kreisvorsitzende Alfred Vater ist

Der Kreisverband Albstadt verabschiedet Hilde Boeker

Der Kreisvorsitzende Alfred Vater und die stellv. Vorsitzende Margit Malek besuchten Mitte Juni Hilde Boeker an ihrem Wohnort. Denn mit Hilde Boeker verabschiedet der Kreisverband ein verdientes VBE Mitglied. Sie war lange Jahre die Schwerbehindertenvertreterin im staatl. Schulamt Albstadt, dann Geschäftsführerin im KV und später im Landesbezirk Südwestfalen. Keine Vereidigung junger Lehrkräfte, keine Personalversammlung ließ sie sich entgehen. Ein VBE Stand ohne Hilde Boeker gab es nicht. Legendär war immer das Weiherfest, bei dem das gesellige Beisammensein bei Kaffee und Kuchen sowie leckeren Forellen im Vordergrund stand. Auch hier half sie immer tatkräftig mit. Auch bei der Planung von Veranstaltungen war sie dabei. Nach ihrem Ruhestand war sie Seniorensprecherin im Kreisverband und im Landesbezirk. Auch hier führte sie viele Veranstaltungen durch. Alfred Vater und Margit Malek bedankten sich für den Kreisverband bei ihrem verdienten Mitglied mit einem Geschenk und wünschen ihr Gesundheit und alles Gute in ihrem wohlverdienten „Unruhestand“.

Mitgliederversammlung des Kreisverbandes

Alfred Vater begrüßte am 20. Juni die Mitglieder des Kreisverbandes in der Realschule in Mengen. Er dankte dabei allen Vorstandsmitgliedern für die hervorragende Arbeit in den letzten drei Jahren. Anhand einer PowerPoint-Präsentation berichtete er über die vielfältigen Aktivitäten, wie die Beratungen, die Tätigkeit an den Seminaren, bei Personalversammlungen, die zahlreichen Fortbildungen, wie Crashkurse, Steuerspartipps für Lehrkräfte, Achtsamkeitsschulung, Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern, Durchführung des Albstädter Lehrernachmittages, Künstliche Intelligenz in der Schule, die Mitgestaltung des Südwestfälischen Lehrertages usw. Besonders erfreulich ist und war, dass die Zahl der Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes ständig angewachsen ist. So konnten bei dieser Mitgliederversammlung drei neue Vorstandsmitglieder begrüßt werden. Nach der Bestellung neuer Beiräte, erfolgte die Information aus dem Landesbezirk Südwestfalen. Walter Beyer berichtete ausführlich aus der Verbandsleitung. Dabei entstand eine rege Diskussion über die Sprachförderung in Kitas und die Einrichtung von Juniorklassen



V. li.: Alfred Vater, Andrea Wetzel, Halina Hajduk, Margit Malek und Christoph Abt.

sich sicher engagierte Persönlichkeiten gewonnen zu haben, die über vielfältige Erfahrungen verfügen, die neue, kreative Ideen einbringen und sich vor allem für verbesserte Arbeitsbedingungen in allen bildungspolitischen Bereichen einsetzen wollen.



Hilde Boeker, Alfred Vater (Kreisvorsitzender)

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: alfred.vater@vbe-bw.de



Die Teilnehmer der Mitgliederversammlung

an Grundschulen. Sehr schön war der Rückblick auf die Personalratswahlen, bei denen der KV Albstadt ein hervorragendes Ergebnis erreichen konnte. Die Zahl der Personalratsmitglieder hat sich dabei in Albstadt von 4 auf 8 verdoppelt. Nach der Sammlung von Ideen für den Fortbildungskalender des Kreisverbandes endete die Mitgliederversammlung.

Schulkreis Lörrach-Waldshut

Rückblick auf die Personalratswahlen

Der VBE-Schulkreisvorstand Lörrach/Waldshut traf sich nach den Pfingstferien, um die vergangenen Personalratswahlen zu besprechen und zu reflektieren: Was lief gut? Was muss bei den nächsten Wahlen verbessert werden? Denn nach der Wahl ist vor der Wahl. Im Vergleich zu den PR-Wahlen 2019 wurde Organisatorisches und Inhaltliches verbessert und viele Stimmen gewonnen. Aber es gab auch Themen, die kritisiert wurden, u. a. die sehr hohe und unübersichtliche Anzahl der BPR- und vor allem HPR-Kandidaten, die niedrige Wahlbeteiligung, die hohe Anzahl der ungültigen Stimmen sowie die Papierschlacht mit den Wahlbroschüren und Wahlunterlagen. Der VBE des Schulkreises Lörrach/Waldshut möchte sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Personalratswahlen übersichtlicher und einfacher sowie (wenn rechtlich möglich) auch digital werden.



Der Schulkreisvorstand traf sich, um sich über die vergangenen Personalratswahlen auszutauschen.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: sonja.dannenberger@vbe-bw.de

KV Neckar-Odenwald

Am 26. Juni fand im Hotel Lamm in Mosbach eine Veranstaltung zum aktuellen Pflegerecht statt. Die gute Resonanz ist sicherlich auch ein Indiz dafür, dass diese Thematik in unserem Leben zunehmend an Bedeutung gewinnt. Toni Weber, Seniorenvertreter des Landesbezirks Nordbaden begrüßte die Referenten und die anwesenden Gäste. Herr Klump vom Compass private Pflegeberatung, stellte die Aufgaben, Rechte und Möglichkeiten der häuslichen Pflege vor. Dabei brachte er Begrifflichkeiten und Abläufe, mögliche sachliche, finanzielle und personelle Hilfestellungen anschaulich und verständlich an die Zuhörer. Nach einer kurzen Fragerunde und anschließender Pause ging es im zweiten Teil des Nachmittages um die Pflege im eigenen häuslichen Bereich. Frau Julia Geier vom ambulanten Pflegedienst Hand in Hand in Hand stellte die Rundumbetreuung durch Pflegekräfte aus dem EU-Ausland vor. Dabei ging sie auf die Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Kosten von Ganztagespflegekräften ein. Die aktuelle Unterstützung der Pflegeversicherung und die Eigenanteilkosten wurden ebenso verständlich dargestellt. Auch der zweite Teil wur-



Die Veranstaltung zum Thema Pflege stieß auf rege Resonanz.

de mit Nachfragen abgerundet. Abschließend bedankte sich Toni Weber auch im Namen von Klaus Gramlich, dem Seniorensprecher des VBE-Neckar-Odenwald, mit einem Präsent bei den Referenten/Referentinnen und den Besuchern für ihr Kommen.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: harald.ockenfels@vbe-bw.de

KV Ostwürttemberg/Göppingen

En gwanda schei – einen schönen Tag

... und den hatten die Seniorinnen und Senioren des Kreisverbands, die der Einladung ihrer Seniorenvertreter Erwin Huttenlau und Gabriele Tetzner zur Besichtigung des „Ott'a Häusle“ gefolgt waren. Zunächst klärten Jürgen Opferkuch und Franz Starz von der Heimatsgeschichtsgruppe Fachsenfeld die Anwesenden darüber auf, wie es zu der Ansiedelung der jenen Bevölkerung in Fachsenfeld kam und unter welchen Bedingungen ihr Leben dort ablief. Mit eigenen Augen konnten sich dann alle von dem engen und einfachen Wohnplatz überzeugen, der oft 10 bis 12 Menschen beherbergte. Danach führte Franz Starz die Gruppe auf den 6,7 km langen Arbeiterweg, den in den Jahren 1809 bis 1928 viele Männer an sechs Tagen in der Woche zu ihrer Arbeit in den Bergwerken früh morgens und spät abends zurückgelegt haben. Der Weg führte zunächst steil bergauf zum Bildstöckle der Heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Bergleute. An dieser Stelle trafen sich die



Männer und setzten dann ihren Weg über die Onatsfelder Höhe weiter. Die Seniorinnen und Senioren konnten an diesem Tag auf diesem Weg eine herrliche Aussicht in alle vier Himmelsrichtungen genießen. So erreichten sie auch schon bald ihr Ziel, den Gasthof „Traube“ in Onatsfeld, wo der Nachmittag bei Kuchen, Vesper und kühlen Getränken gemütlich ausklang.

Aus den Kreisverbänden

KV Ostwürttemberg/Göppingen

Erfolgreiche Personalratswahlen des ÖPR Göppingen 2024

Der Kreisverband hat allen Grund zur Freude: Bei den Personalratswahlen konnte der VBE im ÖPR Göppingen einen weiteren Sitz hinzugewinnen. Im nun 25-köpfigen Gremium wird der VBE mit 6 Beamtinnen und Beamten (von 18) und zwei Arbeitnehmervertretungen (von 7) für die Interessen der über 7000 Kolleginnen und Kollegen im Staatlichen Schulamt Göppingen eintreten. Die Personalräte vertreten Sie kompetent beim Staatlichen Schulamt Göppingen und sind für Sie da, wenn Sie Beratung benötigen – dabei unterliegen sie selbstverständlich der Schweigepflicht. Möchten Sie in dienstlichen Angelegenheiten die Hilfe des Personalrats in Anspruch nehmen, so kann dieser nur auf Ihren schriftlichen Antrag hin tätig werden. Eine telefonische Kontaktaufnahme vorab ist immer möglich. Die Kontaktdaten Ihrer Personalräte aus dem VBE finden Sie ab dem Schuljahr 2024/25 auf der Homepage des VBE Baden-Württemberg.



Hintere Reihe v. li.: Lukas Ebert, Joseph Ott, Thomas Hieber, Heiko Fähnle. Unten: Karin Jodl, Susanne Krahn, Isabell Blumenschein, Yvonne Hänßler

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: karin.jodl@vbe-bw.de

Personalversammlungen mit dem Kreisverband

Im Frühjahr richtete der ÖPR am Schulamt Göppingen zwei Personalversammlungen aus. Zuerst fand die Teilpersonalversammlung für Schulleitungen in der Adalbert-Stifter-Realschule in Schwäbisch Gmünd statt. Sebastian Lutz, Vorsitzender des VBE-Landesbezirks Nordwürttemberg, war der Einladung des ÖPR gefolgt, als VBE-Vertreter teilzunehmen. Der außerhalb des Versammlungsraumes aufgestellte Infostand wurde vor und nach der Veranstaltung gerne besucht, um etwas von den ausgelegten Büromaterialien mitzunehmen. Sebastian Lutz unterstützte hierbei tatkräftig die Personalräte, bevor er seine weite Heimreise antrat. Die Personalversammlung für alle Beschäftigten des Schulamtsbezirks Göppingen wurde in der Stadthalle Aalen abgehalten. Sicher auch durch das Thema „Geht's noch?! Bildung zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ gab es einen großen Zulauf zu der Veranstaltung. Bei



Susanne Krahn, Heiko Fähnle, Joseph Ott, Steffen Mack, Gerhard Brand, Thomas Hieber, Isabell Blumenschein, Karin Jodl

den Grußworten der Verbände und Gewerkschaften sprach Gerhard Brand, VBE-Landes- und Bundesvorsitzender, humorvoll und spritzig zu den Anwesenden.

KV Ravensburg/Bodensee

Dankessen für die Kandidatinnen und Kandidaten der Personalratswahl 2024

Im Juni lud der Kreisverband alle Kandidatinnen und Kandidaten der VBE-Personalratsliste des Schulamtsbezirkes Markdorf zu einem Dankessen nach Weingarten ein. Dieser Einladung kamen viele Kolleginnen und Kollegen nach. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Werner Steiner und einer Vorstellungsrunde des erweiterten Vorstandes, wurden die VBE-Wahlergebnisse 2024 vorgestellt und Dankesworte mit einem kleinen Präsent an die Anwesenden weitergegeben. Beim gemeinsamen und geselligen Essen

kam es zu einem regen Austausch und interessanten Gesprächen. An dieser Stelle möchten wir allen Kandidatinnen und Kandidaten herzlich für die Bereitschaft zu kandidieren danken. Wir danken auch allen Kolleginnen und Kollegen für Wahlbeteiligung und die Stimmen für den VBE. So konnten wir z. B. im ÖPR Markdorf einen VBE-Sitz mehr dazugewinnen. Herzlichen Dank! Direkt in den ÖPR-Markdorf ab dem Schuljahr 2024/25 wurden Anja Schatz, Gabriele Held, Tanja Gut, André Radke und Werner Steiner gewählt.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: werner.steiner@vbe-bw.de



Gabriele Held



Anja Schatz



André Radke



Tanja Gut



Werner Steiner

KV Pforzheim/Calw

Gutes Ergebnis bei den Personalratswahlen

Im Schulamtsbereich Pforzheim konnte der VBE seinen Anteil verbessern und hat in Zukunft fünf Vertreter im Personalrat. Dem Verband sind stets schulartübergreifende Probleme wichtig, die immer wieder ins Gespräch gebracht werden. Der Kreisverband mit seiner Vorsitzenden Lena Eger bietet auch das ganze Jahr über passende Fortbildungen an und bringt sich bei der Seminaaraufnahme und bei den Personalratsversammlungen ein. Durch diese intensive Arbeit können auch immer mehr junge Lehreranwärter zu diesem Berufsverband finden. Bei einem ersten Treffen nach der Wahl ging es dann um die Abstimmungen im zukünftigen ÖPR, der Pforzheim-Enzkreis und den Kreis Calw umfasst. Bei den Wahlen haben auch Vertreter aller Schularten den Sprung in das Gremium geschafft. So Verena Rau von der Grundschule in Bad-Liebenzell, Stefanie Rohkohl, Konrad-Adenauer-Realschule, Cornelia Heber als Arbeitnehmervertreterin, Matthias Klug, Rektor des SBBZ in Pforzheim, Pestalozzischule, Lena Eger Realschule Niefern-Öschelbronn. *Rolf Constantin*



V. li.: Die Gewählten: Verena Rau, Stefanie Rohkohl, Cornelia Heber, Matthias Klug und Lena Eger.

Seniorentage in Niefern-Öschelbronn zum Thema Pflegerecht

Im Rahmen der Seniorentage fand eine Veranstaltung an der Realschule in Niefern-Öschelbronn statt. Organisiert von Toni Weber und durchgeführt vom KV Pforzheim/Calw wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diesem Nachmittag wichtige Informationen weitergegeben. Einstufung von Pflegegrad, häusliche Pflege und eine Ganztagespflegekraft waren Themen, die von Toni Weber und dem Referenten Lutz Bendig kompetent erläutert wurden. Die interessierten Zuhörer konnten viele wichtige Dinge mitnehmen und auch spezifische Fragen rund um das Thema konnten beantwortet werden. *Lena Eger*



Seniorenveranstaltung zum Thema Pflegerecht

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: lena.eger@vbe-bw.de

KV Rhein-Neckar/Heidelberg

Volles Haus in Walldorf beim Kreisverband im Juni

Das „Thema Hilfe und Unterstützung zum Thema Pflege“ war sehr gut besucht. Herr Zirkel und Frau Lüdsdorf von der privaten Compass-Pflegeberatung referierten sehr kompetent über die häusliche Pflege und die vollstationäre Pflege in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung. Herr Glagla von der Seniorenbetreuung PROMEDICA PLUS erläuterte sehr lebendig über die Möglichkeiten einer Rundumbetreuung durch Pflegekräfte aus dem EU-Ausland im eigenen Zuhause. Mit einer Fülle von Informationen gingen die Teilnehmenden nach Hause und mit einer größeren Sicherheit für den Fall, dass der „Ernstfall“ eintritt. Ganz herzlichen Dank – insbesondere Herrn Oliver Fedel – dass wir an der Waldschule in Walldorf zu Gast sein durften.



Gut besuchte Veranstaltung in Walldorf zum Thema Pflege.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: markus.kempke@vbe-bw.de

Deutsch-Französische Jugendbegegnungen – Viel mehr als nur eine Sprachreise

Eine Sprachreise für 11-13 Jährige Schüler nach Glücksburg an der Ostsee.

7. – 20. August 2024

statt 1.030 Euro jetzt nur noch 824 Euro

Ein Angebot der nicht-kommerziellen binationalen Organisationen GÜZ (Gesellschaft für Übernationale Zusammenarbeit e.V. und des Bureau International de Liaison et de Documentation (BILD) in Paris.

Das Waldschulheim liegt in unmittelbarer Nähe des Glücksburger Yachthafens und der Flensburger Förde. Das Außengelände des Hauses bietet viele Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung. Während des Aufenthalts entdeckt die Gruppe gemeinsam die attraktive und so vielseitige Ostseeregion.

Spracharbeit: Für die Altersstufe 11 – 13 Jahre wird in einem ersten Schritt die Sprachmethode aus Breisach angewandt. In einem zweiten Schritt werden die Jugendlichen mit unserer Sprachmethode für die älteren Teilnehmenden vertraut gemacht und pädagogisch begleitet. Die Spracharbeit beträgt 15 Stunden pro Woche. Eine Teilnahme an dieser Begegnung ist auch ohne Vorkenntnisse in Französisch möglich.



Information und Anmeldung auf www.guez-dokumente.org



Schule und KI

Lehren und Lernen mit Künstlicher Intelligenz Kompakt-Leitfaden für die Schulpraxis

In vielen modernen Bildungstechnologien stecken schon heute Aspekte Künstlicher Intelligenz (KI) – in Anwendungen für die Schulorganisation genauso wie für das Lehren und Prüfen und fürs Lernen und Üben. Beispiele sind Lernplattformen oder Lern-Apps, die das Aufgabenprogramm dem Kompetenzprofil des Lernenden anpassen. Doch erst die Veröffentlichung von ChatGPT hat die Bedeutung von KI-Systemen auch für den Schulalltag ins öffentliche Bewusstsein gerückt – verbunden mit vielen offenen Fragen.

Was sind überhaupt die wichtigsten KI-Technologien? Was können sie leisten? Und was ist beim Einsatz zu beachten? Antworten auf diese Fragen aus Schulsicht gibt eine Studie, die das mmb Institut – Gesellschaft für Medien- und Kompetenzforschung mbH und das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH (DFKI) im Auftrag der Deutsche Telekom Stiftung erarbeitet haben. Die Handreichung richtet sich vor allem an Lehrkräfte und Schulleitungen, bietet aber auch Bildungsverantwortlichen in Politik und Verwaltung grundlegendes Orientierungswissen, um eine gewinnbringende schulische Nutzung von KI-Systemen zu fördern. Die Telekom-Stiftung hat dazu fünf Handlungsempfehlungen entwickelt, die sich an die Lehrkräfte, aber auch an die Politik und die Technologieunternehmen richten, die KI-Systeme entwickeln.



Die Studie schließt an eine Markt- und Trendanalyse, die mmb und DFKI in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation bereits 2021 für die Telekom-Stiftung erstellt haben. Dabei haben die Autoren untersucht, wo KI-gestützte, lernförderliche Anwendungen damals gerade in ihrer Entwicklung standen, auch in anderen Ländern, welche Potenziale sie haben und worin die Herausforderungen und Risiken auf diesem Gebiet bestehen.

Im Juni 2024 hat die Telekom-Stiftung zudem eine nochmals kompaktere Version der Studie als Leitfaden für Lehrkräfte und Schulleitungen veröffentlicht: Auf nur je einer Doppelseite erklärt dieser übersichtlich und leicht verständlich die sieben KI-Technologiegruppen fürs Lernen, Lehren und Verwalten. Alles Wesentliche, das Schulpraktikerinnen und Schulpraktiker wissen sollten, um sich gut in die neuen Hilfsmittel einfinden zu können.

Veranstaltungen der VBE Kreisverbände

Wer?	Wann?	Wo?	Was?
KV Stuttgart	13.09.2024 Freitag 14.30 - 18.30 Uhr	Staatliches Seminar Rosenbergstraße 49 70176 Stuttgart	Crashkurs Schul- und Beamtenrecht – die wichtigsten Bereiche. Schwerpunkt Grundschule. Fragen speziell zu Sonderpädagogik bitte gerne vorher per Mail einreichen. Anmelden bis 9.9.2024 bei johannes.knapp@vbe-bw.de



**Dienstag, 17. September 2024
ab 9.45 Uhr**

Was auf dem Programm steht: Eine Führung durch die Kirche Niederrotweil. Spaziergang durch Burkheims historische Altstadt mit Erläuterungen durch Franz Wintermantel. Mittagessen in der Kreuz-Post in Berkheim (auf eigene Kosten). Eine Planwagenfahrt durch die Weinberge und 3 Weinproben.

VBE-unterstützter Unkostenbeitrag für die drei Events:
25 Euro p. P. für Nichtmitglieder,
VBE-Mitglieder plus ein Partner: 20 Euro p. P.

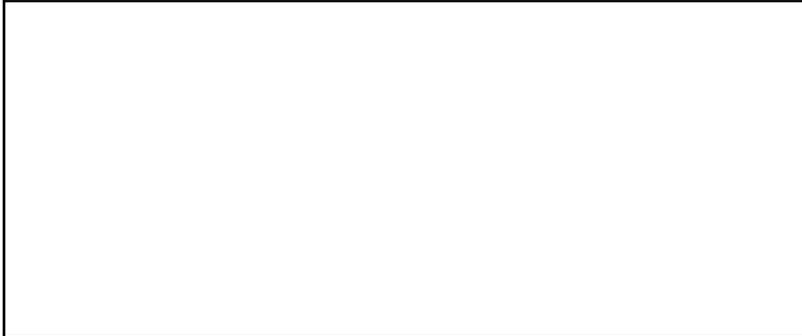
Anmelden bei: Marianne.Markwardt@vbe-bw.de

**Der VBE
Baden-Württemberg
ist an Ihrer Seite**



**VBE-Serviceangebote unter
www.vbe-bw.de**

Um Ihnen auch online bestmöglich zu helfen, bieten wir Ihnen aktuelle Informationen und Serviceleistungen auf unserer Homepage. Außerdem bietet der VBE interessante Fortbildungsmöglichkeiten – auch online – an. Unter dem Menüpunkt Veranstaltungen auf unserer Homepage finden Sie unser vielfältiges Angebot.



Die Schnecken

Rötlich dämmt es im Westen,
und der laute Tag verklingt,
nur dass auf den höchsten Ästen
lieblich noch die Drossel singt.

Jetzt in dichtbelaubten Hecken,
wo es still verborgen blieb,
rüstet sich das Volk der Schnecken
für den nächtlichen Betrieb.

Tastend streckt sich ihr Gehörne.
schwach nur ist das Augenlicht.
Dennoch schon aus weiter Ferne
wittern sie ihr Leibgericht.

Schleimig, säumig, aber stete,
immer auf dem nächsten Pfad,
finden sie die Gartenbeete
mit dem schönsten Kopfsalat.

Hier vereint zu ernsten Dingen,
bis zum Morgensonnenschein,
nagen sie geheim und dringen
tief ins grüne Herz hinein.

Darum braucht die Köchin Jettchen
dieses Kraut nie ohne Arg.
Sorgsam prüft sie jedes Blättchen,
ob sich nichts darin verbarg.

Sie hat Furcht, den Zorn zu wecken
ihres lieben gnädigen Herrn.
Kopfsalat, vermischt mit Schnecken,
mag der alte Kerl nicht gern.

Wilhelm Busch
(1832-1908)